

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonnt- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 131
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte, 10 Zeilen oder
den Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 224. (8. Blatt.)

Herford, Donnerstag, den 23. September 1920

88. Jahrgang

Das Herz Deutschlands.

Aus dem westlichen Industriegebiet wird uns geschrieben: Ohne der wirtschaftlichen Bedeutung Berlins, Sachsen-Anhaltens, Schlesiens usw. Abbruch zu tun, darf das westdeutsche Industriegebiet von Hamm bis Düsseldorf, von Mönchengladbach bis Necklinghausen als das „Herz Deutschlands“ in wirtschaftlicher Hinsicht bezeichnet werden. In diesem Raume von der Größe eines ostelbischen Regierungsbezirks wohnen über 5 Millionen Menschen; hier befinden sich unsere größten Kohlenlager, unsere bedeutendsten Eisen- und Stahlwerke, hier ist der Sitz der gewaltigsten Unternehmungen industrieller Art, hier aber auch wohnen die zahlreichsten Arbeiterheere, prallen die sozialen Gegensätze heftig aufeinander.

Man muß das westdeutsche Industriegebiet in drei Teile zerlegen: in das Bergische Land, in das Ruhrkohlengebiet, in das märkische Sauerland. Jedes hat seine besondere Struktur, seine Eigenart.

Das Bergische Land gleicht in seinem geologischen Aufbau dem angrenzenden Sauerland. Beide sind wenig fruchtbar, der sterile Gebirgsboden ist mit großen Wäldern bedeckt. Da der lichte Gebirgsboden nur widerwillig Getreide erzeugt, war die Bevölkerung genötigt, sich der Industrie zuzuwenden. Die billige Wasserkraft begünstigte die Anlage von Fabriken, sowohl im Bergischen als im Sauerlande. Dabei bildete sich schon frühzeitig eine Sozialisierung heraus. Die Industrie des Bergischen Landes ist eine andere als die des Sauerlandes, auch der Menschencharakter ist ein anderer, gemeinsam ist beiden ein starkes Freiheitsgefühl. Ein frohsinniges, arbeitames Völkchen wohnt in den bergischen Landen, das politisch meist auf radikalem Boden steht, eigenartiger Weise religiös stark beeinflusst ist. Das Wuppertal heißt bezeichnender Weise auch das Muckertal — es gewährt einen psychologischen Reiz, diese Geistesverbindung zu studieren. In Folge bei Solingen gibt es einen Pöbel, der sich offen zur U. S. P. bekennt, im Kirchenvorstand sitzen selbst Kommunisten. Von Kirchenaustritten hört man wenig; auch die radikal Gesinnten wollen nicht glaubenslos sein. Wie in Remscheid und Solingen, so herrscht auch in Völk, Radevormwald, Ohligs die Kleinindustrievor. Ihre Lage ist zur Zeit recht ungünstig, in Remscheid geradezu trostlos. Die soziale Ausfuhrabgabe, im Verein mit den hohen Eisen- und Kohlenpreisen und dem hohen Löhnen macht jede Ausfuhr, trotz großer Austräge fast unmöglich. Die Haushaltsartikel-Industrie arbeitet auf Lager, nur um die Betriebe wenigstens teilweise beschäftigen zu können. Die Walz- und Hammerwerke leiden unter Rohlenmangel. Das Ausland sucht deutsche Halbfabrikate aufzukaufen, der Markt in Fertigwaren ist daher ernstlich bedroht. Starke Besorgnis hegt man für den kommenden Winter, Rohlennot und Arbeitslosigkeit gefährden die innere Ruhe.

Nicht freundlich ist die Lage in Elberfeld-Barmen. Seiden- und Textilwaren gehen nicht gut, die Engros-Lager sind überfüllt, die Fabriken klagen über Mangel an Aufträgen. In den meisten Betrieben wird nur 5 Stunden täglich gearbeitet. Tausende arbeitswilliger Hände müssen feiern. Dabei ist die Leuerung hier größer noch als im Ruhrgebiet. In den Barmen-Bandfabriken sind die Ausfuhrabgaben besser geworden. Riken, Spigen, Schnürriemen, Schläpfe, Korsetts und hundertlei Textilfabrikate werden hier im Wuppertal angefertigt. Besser beschäftigt sind die Luchfabriken in Dorniep und Schweben. Dieses liegt schon auf westfälischem Boden, seine Industrie ist aber gleich der bergischen, während die Sprach- und Stammesgrenze erst zwischen Barmen und Elberfeld verläuft, weshalb denn auch der Elberfelder sich stolz als Rheinländer bezeichnet, während der Barmen als Westfale gilt. Sachsen und Franken begnügen sich hier im Wuppertal.

Ganz anderen Charakter trägt die Industrie im angrenzenden märkischen Sauerland, das hinter Schweben beginnt. Hier ist es, wo „der Märker Eisen redt“. Ein Werk reißt sich an das andere, Hammerwerke, Stahlgießereien, Fabriken für Schaufeln, Gabeln, Senken, in ununterbrochener Reihe. Auch hier ist die Beschäftigung nicht sonderlich gut, doch besser als im Bergischen. In Gasse treten wir in das Reich der Großindustrie ein mit ihren gewaltigen Werken. Ueber Hagen-Wittum erstreckt sie sich nach Dortmund, Görde, Bochum, Essen, Duisburg. Die Flusstäler des Sauerlandes, Volme, Renne, Ruhr, Sönnne sind belebt von zahllosen Fabriken der Kleinindustrie. Die Kreise Altena und Jericho erzeugen Draht, Drahtgewebe, Reit- und Fußgeschirre, Schrauben, Nieten, Bronze- und Nickelwaren. Der Absatz stockt nur in Nadeln und Schreibfedern. Die Nadel- und Maschinenfabriken arbeiten auf Lager, ebenso die Lüdenscheider Beleuchtungsartikel-Fabriken.

Im Bergischen und im Sauerlande ist ein altanfängiger Arbeiterstamm vorhanden, der noch sein eigenes Gärtnchen

Das Neueste vom Tage.

Das preussische Staatsministerium ersucht die Reichsregierung beim Völkerbundrat gegen die Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien im Hinblick auf die hierbei begangene Verletzung des Artikels 34 des Versailler Friedensvertrages Rechtsverwahrung einzulegen.

Polen will die Liquidation deutscher Ansiedelungen nur einstellen und Erleichterungen auf wirtschaftlichem Gebiet nur zuerkennen, wenn die deutsche Regierung der polnischen auf anderen Gebieten Konzessionen macht.

Der Abtransport von etwa 50 000 über die Grenze getretener und in Ostpreußen internierter Russen in das Innere des Reiches ist bis auf kleine Reste vollendet.

Reichspräsident Ebert, Reichswirtschaftsminister Scholz, der preussische Ministerpräsident Braun und der preussische Handelsminister Fischel werden die erste deutsche Delegation in Königsberg die am kommenden Sonntag ihren Anfang nimmt, besuchen und der Eröffnung beizuwohnen.

Die Vollversammlung der Magdeburger Unabhängigen beschloß im Gegensatz zu dem Beschluß ihrer Funktionäre die Unterwerfung unter das Moskauer Diktat.

Durch die Neuwahlen zum Folkething ist in Dänemark die gemäßigte Linke zur Regierung gelangt. Ein Schleswiger sitzt im Reichstag.

Da die Verhandlungen der englischen Regierung mit den Bergarbeitern zu keinem Ergebnis führten, erscheint der Ausbruch des Streiks am Sonnabend unvermeidlich. Die Transportarbeiter haben sich mit den Bergarbeitern solidarisch erklärt.

Die Schiedsgerichtsverhandlungen zwischen Lettland und Litauen haben begonnen.

oder Stück Land bewirtschaftet, Kleinviehzucht betreibt und mit der Scholle verpackt ist. Der seit einem Vierteljahr anhaltende Regen hat die Grantaussichten verschlechtert, wodurch die Lage der Bevölkerung sich erschwert. Mit banger Sorgen steht man auch hier dem Winter entgegen, der eine nie gekannte Arbeitslosigkeit zu bringen droht. Berg und Werk sind für den Absatz auf den Export angewiesen, Unternehmern wie Arbeiter erhoffen die Abschaffung der Ausfuhrabgabe und eine bessere Belieferung mit Kohle.

Endlich die Kohle! Im Ruhrgebiet mit seinen 280 Kohlenfeldern herrscht eine ruhige Tätigkeit. Hier gibt es keine Arbeitslosigkeit. Wäre nicht die Wohnungsnot, so könnten noch 100 000 Arbeiter eingestellt werden. Die Bergarbeiter arbeiten fleißig, radikale Versuche, sie von den Ueberführungen abzubringen, haben nur vereinzelt Erfolg gehabt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist besser geworden, obgleich sie noch zu wünschen übrig läßt. Der Bergmann ist heute der bestbezahlte Arbeiter, sein Einkommen ist höher als das gelernter Berufe; nur in der, übrigens noch befriedigend beschäftigten Großeisenindustrie gibt es Arbeiterkategorien, die soviel und mehr verdienen. Anders als im Bergischen und im Sauerlande ist hier die Bevölkerung zusammengefaßt. Alle Stämme sind hier vertreten, viel flutierende Elemente, darunter besonders stark die Polen. Gegen ihr nationalstiftliches Treiben macht sich auch in Arbeiterkreisen wachsender Unwille geltend. Ungeheuer schwierige Probleme sind im Ruhrgebiet zu lösen. Dem aufmerksamen Beobachter entgeht aber nicht, daß sich der alte gute Kern der westfälischen Arbeiterschaft, der Einfachheit und Besonnenheit zeigt mehr und mehr durchsetzt, und daß auch die Arbeitgeber die Zeichen der Zeit erkennen.

Trotz aller Schwierigkeiten darf man die Hoffnung hegen, daß das „Herz Deutschlands“ gesundet und von ihm aus neues Blut in die Adern des deutschen Wirtschafts-körpers strömt. Der Arbeitswille wird stärker.

Wirth über die Finanzlage des Reiches.

Milliardenbesitz überall. — Die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages.

Die Sitzung des Reichskabinetts, die gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert tagte, war den brennenden Finanzfragen gewidmet. Man darf wohl annehmen, daß die Frage des Rücktritts des Finanzministers Dr. Wirth dahin entschieden worden ist, daß der Finanzminister auf seinem Posten bleibt. Die Gegensätze zwischen ihm und dem Reichspost- sowie Reichsverkehrsminister hinsichtlich verschiedener Befolgungseinstufungen sind nicht unüberwindlich. Man kann aber wohl sagen, daß sie nicht allein gewesen sind, die den Minister zur Einreichung eines Rücktritts-

gefühles bewegen haben. Es handelt sich vielmehr darum, daß ein großzügiges Programm aufgestellt wird, auf Grund dessen überhaupt nur an eine Gesundung der deutschen Finanzen gedacht werden kann. Nur wenn das Kabinett in der strikten Innehaltung dieses Programms solidarisch ist, dürfte Dr. Wirth im Amt verbleiben.

Wth. Berlin, 22. Sept. (Ämtlich). In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts führte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth aus: Wir stehen offenkundig vor der Notwendigkeit, uns über die finanzielle Lage des Reiches Rechenschaft zu geben. Es genügt aber nicht, sich nur die Tatsache vor Augen zu halten und die furchtbare Wucht der Zahlen ins Gedächtnis einzugraben und Probleme zu sehen, sondern wir müssen zu weittragenden Entschlüssen kommen und ein Wirtschafts- und Finanzprogramm für die nächste Zeit uns vornehmen. Schlechte Finanzen sind wohl auch der Ausdruck einer krankhaften Wirtschaft. Es seien deshalb heute nur wenige Zahlen wiederholt. Die steigenden Größen sprechen eine lebendige Sprache. Niemand, insbesondere die Beamten, sollte sich der Gewalt dieser Sprache entziehen. Im Jahre 1919 stellte die Reichsfinanzverwaltung einen

Gaushalt

auf, der ordentliche Einnahmen und Ausgaben nach dem Soll in Höhe von 15,8 Milliarden hatte, ferner außerordentliche Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 47,2 Milliarden, somit Gesamt-Einnahmen und -Ausgaben mit 63 Milliarden. Der Voranschlag für das Jahr 1920 sieht, wie er jetzt dem Reichstag zugeht, Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 89,8 Milliarden vor, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß durch die Reichseinnahmen aus den Steuererträgen, von denen ein Teil den Ländern und Gemeinden zufließt, mit dem vollen Auskommen in Einnahme und mit den an die Länder und Gemeinden abzuführenden Beträgen von 9,4 Milliarden Mark in Ausgabe nachgewiesen sind, so daß nach Abgang dieser Summe die eigentlichen Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat sich auf 80,4 Milliarden Mark belaufen. Der außerordentliche Etat sieht Ausgaben vor in der Höhe von 89,7 Milliarden und Einnahmen von 2 Milliarden, hat also einen

Fehlbetrag von 37 Milliarden Mark.

In diesen Zahlen sind die reichseigenen Betriebe, Eisenbahn und Post, nicht mit enthalten; für sie wird vielmehr ein besonderer Gaushalt aufgestellt, bei dem steht für die Reichseisenbahnverwaltung ein Fehlbetrag von über 16 Milliarden und bei der Post ein Fehlbetrag von über 2 Milliarden fest. Wenn es nun auch gelungen ist, den ordentlichen Gaushalt bei höchster Anspannung aller Einnahmequellen auf dem Papier zu balancieren, so verbleibt immerhin aus den nicht gedeckten Ausgaben des außerordentlichen Gaushalts und der Post und Eisenbahn ein Gesamtfahrlauf von 37,7 Milliarden plus 18 Milliarden gleich 55,7 Milliarden Mark. Bei den Ausgaben sind im außerordentlichen Gaushalt allein für Aufwendungen aus Anlaß der

Durchführung des Friedensvertrages

und seiner Vorverträge für das Rechnungsjahr 1920 25 Milliarden vorgesehen. Dazu kommen noch die finanziellen Anforderungen an das Reich für Entschädigungen an Reichsangehörige aus Anlaß des Friedensvertrages, welche geschätzt werden auf 17 Milliarden, für Abtretung der deutschen Handelsflotte auf 90 Milliarden, für Liquidationen des deutschen Eigentums im Ausland auf 10,5 Milliarden, für Ablieferung von Kriegsgerät usw. auf 13,5 Milliarden nach dem Kriegsschadengesetz vom 3. Juli 1916 sowie nach den in Vorbereitung befindlichen Kriegsschadengesetzen für Schäden im Ausland, in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten usw. Die Gesamtforderung für

Entschädigungen an Reichsangehörige

infolge des Friedensvertrages beläuft sich demnach auf 131 Milliarden, wobei das in den letzten Wochen erfolgte Sinken des Mark-Wertes noch nicht berücksichtigt ist. Nicht enthalten sind in diesen Zahlen die Summen, die das Reich für Lieferungen und Leistungen zu vergüten hat, die aus der Wiedergutmachung im Sinne des Friedensvertrages an die einzelnen Ententestaaten bewirkt worden sind und weiter bewirkt werden, und deren Gesamthöhe sich überhaupt noch nicht absehen läßt. Man muß sich nur diese gewaltigen, aus dem Friedensvertrage und infolge des Krieges sich ergebenden Ziffern einmal ruhig überlegen, um die ungeheuren Lasten, die allein aus Anlaß des Friedensvertrages auf uns liegen, ermessen zu können.

Ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat.

Wth. Berlin, 22. Sept. Der Plan, einen Kabinettsaus-schuß als inneres Kabinett zu bilden, ist nach der Voss. Ztg. teilweise verwirklicht worden. Da es notwendig schien, eine dauernde Fühlung zwischen den Ministern herzustellen, die an der Wirtschaftspolitik interessiert sind, so hat sich ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat gebildet, dem der Wirtschafts-, Finanz-, Schatz-, Arbeits-, Verkehrs- und der Ernährungsminister angehören. Das Wirtschaftskabinett hat gestern unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers bereits seine erste Sitzung abgehalten.

Polen, Rußland und Litauen.

Eröffnung der Konferenz in Riga.

Riga, 22. Sept. Die Königsberger Allgemeine Zeitung meldet aus Riga: Gestern fand hier in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Diplomaten und Pressevertreter, sowie der lettischen Landesbehörden die erste Sitzung der polnisch-russisch-ukrainischen Friedensdelegation statt. Der lettische Außenminister Mesjorvitsch eröffnete die Sitzung. Darauf führte der Führer der polnischen Delegation Dombalski aus, daß der Krieg für die Selbständigkeit des polnischen Staates notwendig gewesen sei, daß aber Polen jetzt aufrichtig einen Verständigungsfrieden wünsche. Sodann ergriff Joffe das Wort. Er betonte, daß Rußland einen Frieden ohne Sieger und Besiegte wünsche. Nach den Aussprachen der beiden Führer der Friedensdelegation fand der gegenseitige Vollmachtsaustausch statt.

Ungarn verlangt Selbstbestimmungsrecht.

Stettin, 22. Sept. Der Bevollmächtigte der Delegation des Nationalrates und der Regierung von Ungarn legte bei dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Riga dagegen Verwahrung ein, daß bei der Bestimmung der Staatsgrenzen zwischen der Ukraine, Rußland und Polen über das Schicksal Ungarns entschieden werde, ohne die Bevölkerung dieser Gebiete zu hören, die überwiegend ukrainisch sei und entschieden die Unabhängigkeit des ostgalizischen Staates verlange. Nur diese würde dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechen.

Die Kampflage.

Warschau, 22. Sept. Im polnischen Heeresbericht vom 21. 9. heißt es: Unsere Truppen haben auf der ganzen Linie den Druck erreicht und teilweise überschritten. Die Bolschewisten ziehen sich eilig zurück, wozu die Bevölkerung Transportmittel sichern muß. In Wolhynien erreichte unsere Reiterei den Groin und nahm Ostrog und Serebryna. Nördlich des Pripiet betrug unsere Beute in den Kämpfen im Bereich von Pruski 2250 Gefangene und 25 Maschinengewehre. Weiter nördlich wurden bei Erdmungs-ausfällen die Ortschaften Ruznica und Nowoswore besetzt und Gefangene gemacht, die die Ankunft neuer Sowjetdivisionen aus der sibirischen Armee an der Njemenfront bekräftigen. Die Litauer beschießen zweimal unsere Stellungen mit Maschinengewehren. Eine litauische Patrouille wurde samt ihrem Offizier gefangen genommen. Die Litauer verstärkten ihre Stellungen.

Konno, 22. Sept. Südlich Seintj unternehmen polnische Erkundungstruppen Angriffe gegen die litauischen Stellungen, wurden jedoch zurückgeworfen.

Russische Drohung gegen England.

Moskau, 22. Sept. (Funktspruch). Lloyd George hat die politischen Verhandlungen mit Rußland abgebrochen und darf sich daher nicht beklagen, wenn sich jetzt eine große Bewegung gegen Großbritannien in Asien ausbreiten wird.

Moskau, 22. Sept. (Funktspruch). Bei Eröffnung des Kongresses von Baku, der die Delegierten aller Völker des Ostens vereinigt, fand eine Kundgebung gegen die englisch-französischen Imperialisten statt. Der Kongreß beschloß, die unterdrückten Völker des Ostens aufzufordern, den Heiligen Krieg zu erklären.

Irland.

Mord und Gewalttaten.

Amsterdam, 22. Sept. Telegraf meldet aus London: Gestern wurde in Balbriggan, 28 Kilometer von Dublin entfernt, ein Inspektor der irischen Polizei ermordet und sein Bruder verwundet. Am Mitternacht rückte sich die Polizei, indem sie verschiedene Häuser der Stadt in Brand steckte, nachdem sie zuvor die Bewohner daraus vertrieben hatte. Desgleichen wurden eine Wollfabrik und verschiedene Magazine verbrannt.

Dublin, 22. Sept. Gestern wurden in Balbriggan 30 Häuser und Läden in Brand gesteckt. Die Polizei durchsuchte die Stadt in Rastlosigkeiten und warf Bomben. Es sind jedoch keine Opfer zu verzeichnen.

Millerands Sieg.

Paris, 22. Sept. Bei der heutigen Probeabstimmung erhielt Millerand 558 Stimmen, Peret 157 Stimmen, Bourgeois 113 Stimmen, Maréchal 6 Stimmen und Georges Mandel 2 Stimmen. Bei der morgigen Wahl werden alle auf Peret und Bourgeois abgegebenen Stimmen sich auf Millerand vereinigen.

Der Terror in Oberschlesien.

Massenflucht deutscher Familien.

In Oberschlesien kann von einer allgemeinen Beruhigung der Bevölkerung noch immer nicht gesprochen werden. Im Bezirk Rattowitz liegen viele Grenzorte noch vollständig unter dem polnischen Terror. Aus Rainingow sind inzwischen sämtliche deutschen Familien geflüchtet. In diesem Kreise forderten die Tage während und nach dem Putz insgesamt 25 Tote, dazu kommen noch die schweren Verluste der Sicherheitswehr mit 10 Toten und 40 Verwundeten. Aus Myslowitz mußten für die polnische Polizei in der vorigen Woche von Seiten der Stadtverordnetenversammlung 130 000 M bewilligt werden. Im Kreise Pleß liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Kreise Rattowitz. Aus Groß-Dombrowa im Kreise Beuthen sind auch die letzten deutschen Familien geflüchtet. Aus Niedziszka sind etwa 300 deutsche Familien geflüchtet. Man kann im Durchschnitt auf 5 bis 10 Fälle von Mord, Einbruch oder Überfällen auf den Tag rechnen. Die Zusammenfassung der neuen Abstimmpolizei läßt nicht hoffen, daß den Gewalttätigkeiten und dem Terror durch ihr Eingreifen ein Ende gemacht wird, da die Abstimmpolizei zumeist unter polnischem Einfluß steht. In Lublitz wurde das Mitglied der berüchtigten Rajosbande, der Pole Gryta, der den Oberwachmeister Mittein ermordet hat, verhaftet. In Friedenshütte ist ein polnisches Waffenlager, bestehend aus 300 Karabinern, 3 Maschinengewehren und einer großen Menge Munition beschlagnahmt worden.

Ein wertvolles Gesandnis

bezüglich der polnischen Geheimorganisationen bringt „Ludowa Gazeta“ in Rattowitz in ihrer Ausgabe vom 21. September: Wir wollen uns nicht länger dabei aufhalten, ob die deutschen Beschlagnahmen auf Wahrheit beruhen oder, wie das Organ des polnischen Abstimmpolitikums, die „Oberschlesische Grenzzeitung“, behauptet, auf Lügen; und wenn auch die deutschen Nachrichten von einer Organisation der Polen richtig wären, so fragen wir: Wer würde es wagen, von uns ober-schlesischen Polen zu verlangen, daß wir uns brachten lassen, ohne uns zu verteidigen? — Die „Gazeta Ludowa“ gibt damit, wie es auch verschiedene andere polnische Zeitungen in verschämter Form taten, das Bestehen polnischer Ge-

heimorganisationen zu. Andere polnische Blätter allerdings, wie die erwähnte Grenzzeitung, das Organ Korsanths, leugnen auch weiterhin noch die Existenz der veröffentlichten Dokumente. Es bleibt abzuwarten, was Korsanth zu dem Eingeständnis der „Gazeta Ludowa“ sagen wird.

Paris, 22. Sept. Die Botschafterkonferenz nahm gestern den Bericht des Generals Berond über die Ereignisse in Oberschlesien entgegen. Der General machte ausführliche Darstellungen und übergab gleichzeitig eine Reihe von Noten, die ihm von der deutschen Regierung zugegangen sind.

Aus den Parlamenten.

Einigung über die preussischen Verfassungsfragen.

Berlin, 23. Sept. (Sig. Draht). Wie das Verl. Tageblatt aus parlamentarischen Kreisen erfährt, haben die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien zu einer Einigung über alle wesentlichen Punkte der preussischen Verfassung geführt, jedoch deren Zustandekommen als gesichert angesehen werden dürfte. Die Sozialisten sind mit der Schaffung eines Staatsrates, der dieselbe Stellung einnehmen soll, wie im Reich der Reichsrat, einverstanden. In der Frage der Autonomie der Provinzen wird eine Einigung etwa auf der Grundlage der Vorschläge des Zentrums zustande kommen. Die Ernennung der höchsten Provinzialbeamten soll im Einverständnis mit den Provinzialausschüssen erfolgen. Über die Frage der Ernennung der Minister schweben noch Erwägungen.

Ein Steuerauschuß des Reichswirtschaftsrates.

Die Abgeordneten Dr. Hachenburg und Prof. Dr. Schmalenbach haben im Reichswirtschaftsrat beantragt, einen Steuerauschuß zu bilden, dessen Aufgabe sein soll, 1. bei den neuen Steuergeetzen Ausführbestimmungen usw. sich ausführlich zu äußern, 2. bei den schon bestehenden Steuergeetzen Verbesserungen zu beantragen, 3. Initiativanträge vorzubereiten für die Veränderung bestehender oder die Einführung neuer Steuergeetze. Der Steuerauschuß soll aus 15 Mitgliedern bestehen.

Fast 2 Milliarden

Befugungskosten.

Paris, 22. Sept. (Gadax). Auf die Anfrage eines Senats nach der Höhe der Befugungskosten im Rheinlande und der von den Deutschen bisher gezahlten Aufwendungen antwortete der Finanzminister, daß die Befugungskosten Ende März 1920 1,8 Mill. Frank betragen hätten und von den Deutschen bis Ende Juli d. J. 2 888 047 245 M bezahlt worden seien, was 2 800 330 Frank gleichkäme.

Preussische Landesversammlung.

In der Sitzung der preussischen Landesversammlung am Mittwoch wurde das ganze Problem der Bildung Groß-Berlins aufgerollt. Die Deutschnationalen hatten beantragt, das am 27. April beschlossene Gesetz auf unbestimmte Zeit außer Kraft zu setzen; die Deutsche Volkspartei will die Hinausschiebung bis zum nächsten Jahre; das Zentrum brachte am Mittwoch zu den bereits bekannten beantragten Änderungen einen neuen grundlegenden Antrag ein, wonach das von einem Ausschuss zu amtierende Gesetz erst am 1. April 1921 in Kraft treten soll.

Die Debatte ging bei gutgefüllten Tribünen hoch her. Nach Begründung der Anträge legte der Mehrheitssozialist Abg. Heilmann die Grundsätze seiner Partei über die Kommunalpolitik dar, und beleuchtete darauf die Zwangslage seiner Genossen im Notenschauf. Die Unabhängigen in Berlin wollten mitarbeiten, stellten aber eine rein sozialistische Verwaltung als Bedingung. Eine Verwaltung Berlins ohne die Unabhängigen würde die schlimmsten Folgen und Unruhen bringen. So hätten die Mehrheitssozialisten sich mit den Unabhängigen geeinigt. Heilmann hielt manches nicht für gut, von dem was geschehen ist. So hätte er es lieber gesehen, daß Dr. Brüning nicht gewählt wäre. Die Frage der besetzten und unbefetzten Stadträte sei seinerzeit im Ausschuss eingehend besprochen worden und damals hätten sich neben den beiden sozialistischen Parteien auch die Deutschnationalen gegen „unbefetzte Stadträte ausgesprochen. Der vom Zentrum durch den Abg. Hachenburg veranlaßte Streit mit der Sozialdemokratie führte zu einer Erwiderung durch Heilmann; beide Redner dienten mit ihren Ausführungen nicht der preussischen Regierungskoalition. Der demokratische Abg. Dominicus richtete gerechtfertigte Anklagen gegen die Sozialdemokraten und kennzeichnete besonders deren Vorgehen bei den Stadtratswahlen. Die Nichtfachstadträte hätten fast durchweg nicht das Zeug zu einer einigermaßen befriedigenden Erfüllung ihrer Aufgaben. Nachdem dann noch der Volksparteiler Gollmann gesprochen hatte, wurden die ganzen auf Groß-Berlin bezüglichen Anträge dem Ausschuss für Groß-Berlin überwiesen. Die Überweisung ging so schnell vor sich, daß die Mitglieder des Hauses sie kaum gewahrt wurden. Die Sozialdemokraten — so hört man — hatten ursprünglich einen neuen Ausschuss beantragen wollen, um damit eine Verschleppung der Angelegenheit herbeizuführen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

23. September.

Die Wiederbelebung der Bautätigkeit.

Der Wirtschafts- und sozialpolitische Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Frage der Wiederbelebung der Bautätigkeit und stellte dabei u. a. folgende Grundsätze auf:

Die Verringerung der Wohnungsnot soll vorwiegend durch Schaffung von soliden Dauerbauten — Neubauten und Ausbau von Dachgeschossen — erfolgen; die Schaffung von sogenannten Behelfs- und Notwohnungen ist mit Rücksicht auf ihren vorübergehenden Charakter und die trotzdem beträchtlichen Kosten auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Unentbehrlich ist die Freimachung aller bisher für behördliche Zwecke beschlagnahmten und jetzt durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht mehr notwendigen Wohnräume zu Wohnzwecken. Der Bau von Wohnungen ist allen beteiligten Kreisen, gemeinnützigen Unternehmungen und Privaten zu ermöglichen. Demzufolge darf sich die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht auf irgendeine bestimmte Bauform beschränken. Bei der Neuproduktion von Wohnungen ist äußerste Sparsamkeit unabwiesbare Pflicht. Eine Verbilligung der Baukosten muß unter allen Umständen erreicht werden. Die Zwangsbewirtschaftung der Baustoffe ist abzubauen mit der Maßgabe, daß vorerst ein

bestimmter Bruchteil der vorhandenen und neu erzeugten Baustoffe nur für Zwecke des Wohnungsbaues freigegeben wird, um ein rasches Bauen zu ermöglichen.

Die syndizierte Baustoffindustrie muß sich mit einem beschränkten angemessenen Nutzen begnügen. Soweit es wünschenswert erscheint, sind zur Regelung der Preise Selbstverwaltungsorgane zu bilden aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Im Weigerungsfalle sind einzelne Betriebe unter öffentliche Aufsicht zu stellen. Dem Baugewerbe ist durch Vereinfachung des Instanzenweges und Befreiung entbehrlicher baupolizeilicher Vorschriften ein schnelleres und vereinfachtes Arbeiten zu ermöglichen. Soweit das Baugewerbe mit Zuschüssen arbeitet, ist der wirkliche Bauaufwand nachzuweisen. Sein Unternehmergewinn ist auf einen angemessenen Nutzen zu beschränken. Hierzu bedarf es der Schaffung von Sachverständigenstellen. Zur Verminderung des Bauaufwandes wird eine Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit für Wohnungsbauten während der Sommermonate — soweit die Lage des Arbeitsmarktes es gestattet — und die Einführung bzm. Gestattung von Akkordarbeiten wesentlich beitragen.

Die Wiederinstandsetzung der bestehenden Häuser ist eine dringende Notwendigkeit. Die bestehenden Gesetze zur Verhinderung ungesunder Boden Spekulation sind weiter auszubauen. Dem privaten Hausbesitz und den gemeinnützigen Unternehmungen müssen Mietsteigerungen in der Höhe bewilligt werden, daß sie mindestens infolge der Kosten zu decken, die entstehen durch die Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals, einschließlich Amortisation, durch die Deckung aller mit dem Hause verbundenen Lasten, einschließlich der Aufwendungen für bauliche Unterhaltung, durch eine angemessene Vergütung für die Verwaltung des Hauses und nötigenfalls eine angemessene Risikoprämie für unverschuldetes Beereichen von Mieträumen und Mietverlusten.

Die Fleischbewirtschaftung nach dem 1. Oktober.

Von zuständiger Stelle wird den P. P. N. geschrieben: Durch die Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung Kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung vom 12. September 1920 werden alle die Schlachtviehaufrbringung im Inlande und die Nationierung des Fleisches betreffenden Verordnungen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 außer Kraft gesetzt. Damit tritt mit dem genannten Tage wieder die freie Wirtschaft mit Schlachtvieh und Fleisch im Inlande ein. Die Einfuhr von Vieh und Fleisch soll in Zukunft durch die Fachgruppen des Handels und des Gewerbes unter Aufsicht des Reiches erfolgen. Um den Schwierigkeiten, die sich nach Einführung der freien Fleischwirtschaft in dem Bedarfszentren ergeben könnten, zu begegnen, wird eine Inlandsfleischreserve bereitgehalten werden, über die die Reichsfleischstelle verfügt. Weiter sind durch eine Verordnung der Reichsregierung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom gleichen Tage besondere Vorschriften über den Viehhandel und den Fleischverkehr mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 erlassen worden, und zwar sind eingeführt für den Viehhandel die Genehmigungspflicht, der Schlachtfleischgewinn und das Gehot des Handels nach Lebendgewicht für die Abhaltung von Viehmärkten die Genehmigungspflicht und die Anordnung einer Ueberwachung, für den Kleinhandel mit Fleisch die Genehmigungspflicht, die Ueberwachung der Kleinhandelsfleischpreise und der Aushang der Kleinhandelsfleischpreise in den Verkaufsräumen und Betriebsständen.

Das Wetter am Freitag. Abwechselnd heiter und wolfig, windig, etwas kühl, vereinzelt noch Regenschauer.

Zur Frage der Versorgung mit Speisefertigwaren hat der Vorstand der westfälischen Landwirtschaftskammer seinen Standpunkt erneut dahin festgelegt, daß seiner Auffassung nach die abgeschlossenen Lieferverträge nach Menge und Preis innegehalten werden müssen, daß eine allgemeine Senkung des Kartoffelpreises unter 25 M nicht eintreten kann, andererseits aber auch die Landwirtschaft dringend davor gewarnt werden muß, die Kartoffeln teurer zu verkaufen; eine freiwillige Abgabe von billigeren Kartoffeln an die Gemeinden für die Minderbemittelten wird vielmehr empfohlen und soll durch die landwirtschaftlichen Vereine herbeigeführt werden.

Das neue Mietsteuergesetz. Das neue Mietsteuergesetz ist dem Reichsrat bereits zugegangen; eine Reihe von Einzelstaaten hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen und will andere Maßnahmen zur Belebung des Baumarktes ergreifen wissen. Es ist fraglich, ob das Gesetz im Reichsrat eine Mehrheit finden wird.

Im Streit in der Zuckerwaren-Industrie ist immer noch keine Einigung erzielt. Das hiesige Gewerkschaftsblatt, das vorgestern Abend über eine Unterstützungsfaktion für die Streikenden beriet, beschloß, unter der gesamten Arbeitererschaft eine Sammlung zu veranstalten. Es wurde empfohlen, einen Stundenlohn, mindestens aber 2 Mark zu zeichnen.

Auslösung der Geschworenen. Bei der Geschworenen-auslösung für die am 11. Oktober beginnende Schwurgerichtsperiode, die unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Droop stattfindet, wurden u. a. folgende Herren als Geschworene ausgelost: Konsumverwalter Heinrich Freese in Spenge, Prokurist Emil Knäble-Wotho, Zigarenfabrikant Wilhelm Brune-Ahlen, Kaufmann Otto Rother-Herford, Schlossermeister Oskar Hentschel-Herford, und Architekt Karl Schubert-Herford.

Zum Provinzial-Beamtenrat des Deutschen Beamtenbundes der am 2. und 3. Oktober in Münster stattfindet, entsendet der hiesige Beamtenvereinigung die Herren Oberlegraphensekretär Werner und den Kom-munalbeamten Böckmann als Abgeordneten. Der Postbeamte Hoffmeister, der dem Provinzialvorstande angehört, wird am ersten Tage, der mehr geschäftlicher Natur ist, einen Vortrag über die Befoldungsfrage bringen.

Der Führer wird an der hiesigen Vortrags-sitzung gestellt.

r. Vortrags-eröffnete gest. Professor R. Lösungsge-dan in unserer haben! Wie sagt, das schreit banalen gerade gest. Nicht von der Wagneroper von Leid und Lösung. Wi von abjule wenn auch Hörer: Veri durch zum schen macher Lösung. Ob lein auf fr

g. Die C. sch gestern a der Landwir sich aus beru unterrichte führte in je licher und ein Verbind stellen sollte essen der Gr zu wenig be Gegenab. r Erziehungs sollen durch einem Vertu Wenn dies tische, Welt unberührt l auf sozialer Arbeit gele auch gegen gegen die kaufen sollt Einrichtung Aufgaben, gegen die C stimmig an

h. Aus-abend kan dauerlichen seinem Gesa fahrt in die A. zu Fall. Wohnung s sammenfah Angelegenh lauten Wo gedungen tischen Uebe rade in di Auflösung Aufregung Schrockschu Arzt legte das kath. handelt es heute das

p. Woch-18. ds. Mi-7. Betruges Obdachlose Wegen Um person fest handlung bracht.

p. Gefa-W. und P. lenes Fahr angestellten von Leipzig Dienstmaße von der C. Schluß gel Vereinsnisch ein Paar

p. Ein-Herringha gestohlen.

td. Ber-land im e der gefalle Da die Ein Herren am Freita am Freita Vereinsha richtet mer teigten fu

Vieleje m ann, der März des J von Schilde und durch wurde in die feld dieser Jahren Zu

neu erzeugten
des freigegeben

ich mit einem
r. Soweit es
g der Preise
den aus Ver-
und der Ver-
Betriebe unter
verbe ist durch
ges und Be-
schriften ein
glichen. So-
ist der wirt-
nehmergewinn
inken. Hierzu
stellen. Zur
die U s d e h-
Wohnungs-
weit die Lage
führung hzu
tragen.

ie henden
Die bestehen-
pekulation
besitz und den
ietzt eige-
ie mindestens
hen durch die
e, einschließlich
im Hause ver-
ngen für bau-
vergütung für
ls eine ange-
eersehen von

1. Oktober.

R. geschrieben
über die Auf-
dem Gebiete
September 1920
Inlande und
Verordnungen
t gefeiert. Da-
freie Wirt-
nde ein. Die
nt durch die
unter Aufsicht
iten, die sich
dem Bedarfs-
eine Inlands-
ie die Reichs-
ordnung der
icherung der
Aufhebung
andere Vor-
berkehr mit
en, und zwar
enehmigungs-
des Handels
Wiedmärkten
einer Ueber-
die Gemein-
eilschleppreise
e in den Ver-

id heiter und
Regenschauer.

Kartoffeln hat
chaftskammer
h seiner Auf-
e nach Menge
ne allgemeine
icht eintreten
ast dringend
uerer zu ver-
en Kartoffeln
wird vielmehr
ischen Vereine

Mietsteuer-
ne Reihe von
ausgesprochen
Baumarktes
k im Reichs-

ie ist immer
Bewerkschafts-
ühungsaktion
der gesamten
r. Es wurde
er 2 Mark zu
Beschwerden-
e Schwur-
gerichtspräsi-
die Herren als
rich F r e e f-
o, Zigaretten-
mann Otto
e n t f e l-
ford.

en Beamten-
v stattfindet,
reinigung die
den Kom-
dieten. Der
zialvorstande
häftlicher Na-
age bringen;

Der Führer des Beamtenbundes Kemmers aus Falkenberg wird an der Tagung teilnehmen. Letzterer hat einen öffentlichen Vortrag über „Der Beamte im Volksstaat“ in Aussicht gestellt.

r. Vortrag im Gewerbe-Verein. Der Gewerbe-Verein eröffnete gestern die Winteraison mit einem Vortragsabend. Professor Kastner sprach über das Thema „Der Erfindungsgeist im Parfital“. „Erfindung“, das rechte Wort in unserer Zeit und — wie wenige scheinen sie nötig zu haben! Wie hätte es sonst möglich sein können, daß der Vortrag so verhältnismäßig schwach besucht war. Man sagt, das Volk, und dazu gehört auch unser Bürgertum, schreit nach Bildung, derweilen bringt es jedem noch so banalen Kitzel zehnmal mehr Interesse entgegen. Und gerade gestern hatte der Redner so unendlich viel zu sagen: Nicht von der Musik, der dramatischen Gestaltung der großen Wagneroper, sondern vom Menschenentum im Parfital, von Leid und Schuld, dem allzumenschlichen und — von Erfindung. Wie große Gedanken wußte Professor Kastner davon abzuleiten. Immer und immer wieder hämmerten, wenn auch unausgesprochen, die Worte auf die Herzen der Hörer: Verinnerlichen, die eigene Tiefe ausschöpfen und dadurch zum wahren Menschen werden. Und wahre Menschen machen ein großes Volk und bringen und sind Erfindung. Ob gestern Abend nicht doch hier und da ein Körnlein auf fruchtbare Erde gefallen?

g. Die Elternbeiräte sämtlicher Schulen Herford hatten sich gestern Abend zu einer gemeinsamen Sitzung in der Aula der Landwirtschafts- und Realschule zusammengefunden, um sich aus berufenem Munde über Aufgaben, Zweck und Ziele unterrichten zu lassen. Herr Lehrer Ladebeck-Vielefeld führte in seinem Vortrage über Elternbeiräte in rein sachlicher und unpolemischer Weise aus, daß die Elternbeiräte ein Verbindungsglied zwischen Schule und Elternschaft darstellen sollten. Im alten Obrigkeitsstaate seien die Interessen der Erziehungsberechtigten durch die Schulverwaltungen zu wenig berücksichtigt worden und es habe sich ein gewisser Gegensatz, wenn nicht gar Feindschaft zwischen Schule und Erziehungsberechtigten herausgebildet. Diese Gegensätze sollen durch die Elternbeiräte beseitigt werden, es soll zu einem Vertrauensverhältnis zwischen beiden Teilen kommen. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so müssen parteipolitische, Weltanschauungs- und rein schultechnische Fragen unberührt bleiben. Die Hauptarbeit der Elternbeiräte liegt auf sozialem Gebiet und hier besonders kann segensreiche Arbeit geleistet werden. Scharf wandte sich der Redner auch gegen die beabsichtigte Erhöhung der Klassenfrequenz, gegen die alle Elternbeiräte in Stadt und Land Sturm laufen sollten. — In der Aussprache begrüßte man die Einrichtung der Elternbeiräte, vorausgesetzt, daß sie ihre Aufgaben, wie ausgeführt, ausfüllen. Eine Entscheidung über die Erhöhung der Klassenfrequenz auf 60 wurde einstimmig angenommen.

h. Aus Unvorsichtigkeit angeschossen. Am Dienstag Abend kam es auf Brockmanns Berggarten zu einem dauerlichen Zwischenfall. Herr Brockmann jun. hatte mit seinem Geschäftsfreunde A. mit dem Rad eine kleine Ausfahrt in die Nachbarschaft gemacht. Auf der Rückfahrt kam A. zu Fall. Um sich zu reinigen, war er mit B. zu dessen Wohnung gegangen. Als man hier dann noch etwas zusammenfaß, gerieten die beiden wegen einer geschäftlichen Angelegenheit in Streit. Ein Nachbar, der wegen des lauten Wortwechsels glaubte, daß ein Nachbar bei B. eingedrungen sei, eilte zu Hilfe und gab, um die vermeintlichen Uebeltäter zu verjagen, einen Schreißschuß ab. Gerade in diesem Augenblick lief jedoch B., vermutlich um Aufklärung zu geben, auf ihn zu. Da der Nachbar in der Aufregung jedoch statt in die Luft geradeaus schoß, traf der Schrotschuß den B. in den Leib. Ein sofort herbeigerufener Arzt legte einen Notverband an, worauf der Verletzte in das kath. Krankenhaus gebracht wurde. Wie wir hören, handelt es sich nur um leichte Wunden, sodaß B. wohl schon heute das Krankenhaus wieder verlassen kann.

p. Wochenbericht der Polizei. In der Zeit vom 12. bis 18. ds. Mts. wurden 32 Personen, davon wegen Diebstahls 7, Betruges 2, Hehlerei 2, Bettelns 2, laut Haftbefehl 2 und Obdachlosigkeit 16 in das Polizeigefängnis eingeliefert. Wegen Umhertreibens mit Männern wurde eine Frauensperson festgenommen und wegen Sachbeschädigung, Mißhandlung und Beleidigung eine Chefrau zur Anzeige gebracht.

p. Gefasste Diebe. Von der Polizei wurden die Gebrüder W. und P. G. aus Leipzig, die hier ein in Vielefeld gestohlenes Fahrrad verkaufen wollten, festgenommen. Wie die angestellten Ermittlungen ergeben haben, werden beide von Leipzig aus wegen Betruges gesucht. Ferner wurde ein Dienstmädchen aus Eidel verhaftet, die wegen Diebstahls von der Staatsanwaltschaft Vorladung erhalten. Zum Schluß gelang es, die Diebin zu ermitteln, die einem Wirt Vereinschürzen im Werte von 255 M. und einer Chefrau ein Paar Damaststiefel und eine Weste gestohlen hatte.

p. Ein Faß Margarine gestohlen. Einem Händler aus Herringhausen wurde ein Faß Margarine von 32 Pfund gestohlen. Der Täter ist noch unbekannt.

Vereins etc. Nachrichten.

td. Vergelt die toten Todten nicht! Gestern Abend fand im evangel. Vereinshaus eine Besprechung statt, wie der gefallenen Helden am besten gedacht werden könne. — Da die Einladungen verspätet zugestellt und so verschiedene Herren am Erscheinen verhindert waren, wurde beschlossen, am Freitag Abend 8½ Uhr eine nochmalige Besprechung im Vereinshaus vorzunehmen, in der über die Vorarbeiten berichtet werden solle. Zu dieser Versammlung sind alle Beteiligten freil. eingeladen.

Vielefeld, 22. Sept. Der 21jährige Mehger Johann Lindemann, der zusammen mit dem Bergmann Heinrich Neumann im März des Vorjahres den Händler Albert Breitenbach in der Nähe von Schilde, in dem sogenannten Appholz, überfallen, beraubt und durch einen Revolverbeschuss in den Hinterkopf getötet hatte, wurde in der Schwurgerichtsverhandlung am 21. Oktober in Vielefeld dieser und einer anderen Straftat wegen mit dem Tode, sechs Jahren Zuchthaus und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte

bestraft. Durch Erlass der preussischen Regierung vom 14. August ist der Mörder nunmehr zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden. Der Mittäter Neumann war zu zwölf Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt worden.

Rippische Freistaaten.

Deimold, 22. Sept. Wie das hiesige Volksblatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, sollen die Unabhängigen in Rippa sich für den Anschluß an Moskau erklärt haben.

Der Weltverkehrsreformer.

Vor einigen Wochen meldete die Herforder Zeitung, daß ein gewisser Dobe aus Dertlinghausen in Rippa es verstanden hatte, mit Hilfe eines selbst aufgestellten Frei-Fahrtsscheines Reisen zu unternehmen. Die Zeitung Deutscher Eisenbahner veröffentlicht in Nr. 37 den Wortlaut des Scheines, der verdient mitgeteilt zu werden:

Frei-Fahrt-Schein zur Benutzung aller be- stehenden und noch ent- stehenden Verkehrsmittel innerhalb des Weltalls.	Aussteller: Carl Dobe, Dertling- hausen im Teutoburger Walde.	Deutsches Friedens- Ministerium. ** Friedensstadt. Stempel. Kultur-Symbol.
Photographie.		
gez. Carl Dobe.		

Hierdurch erteile ich mir selbst die Erlaubnis zur unentgeltlichen Benutzung aller Verkehrsmittel innerhalb Deutschlands und als Weltordnungsdiktator auch über seine Grenzen hinaus.

Denn:

In neuer Kultur der göttliche Lebensplan
gestaltet jedem Tüchtigen frei die Bahn.
Dazu gehört auch das zielbewußte Reisen
In Wasser, Luft wie Schienenweg von Eisen.

Weltverkehrs-Reformator.

In der schönen Welt,
den

Gültig ab 1. Januar 1920 für meine Lebenszeit, wenn, wie links obenstehend, eigenhändig unterzeichnet und mit Datum versehen.

Bei seiner Vernehmung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten erklärte B., daß er mit Hilfe dieses Fahrcheines auch die Reise von Vielefeld nach Berlin unternommen hätte. Der Versuch, B. die strafrechtlichen Folgen seiner Eigenmächtigkeit klar zu machen, scheiterte.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Wb. Köln, 22. Sept. Gestern Abend wurde an dem 71jährigen Inhaber des Möbelgeschäftes Karl Klobisch ein Raubmord verübt. Als die verheiratete Tochter ihn besuchen wollte, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick. Der Mann lag gestreckt in einer Blutlache, die Schädeldache war ihm zertrümmert worden. Man vermutet, daß er am Schreittisch von mehreren Männern überfallen, gefesselt und erschlagen worden ist. Man vernimmt eine Brieftasche mit 2000 Mark und Juwelen, die er in der Wohnung aufbewahrte.

Elberfeld, 22. Sept. Nach dem Bericht des Untersuchungsamtes über die Holzgeschäfte und Benzinschiebungen, die von städtischen Beamten vorgenommen wurden, sind auf der Sparte Unterhaltungen in Höhe von 75 000 M. vorgenommen. Bei den Benzinschiebungen wurde vom Kohlenamt insgesamt Betriebsstoffmenge für 19½ Millionen Mark gekauft. Durch die Beschlagnahme wird der Stadt Elberfeld ein Schaden von 5 bis 6 Millionen Mark entstehen.

Berlin, 22. Sept. Krzeminiski, der seinerzeit die Trisofore von der französischen Botschaft in Berlin herabholte, wurde zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hat, wie die Urteilsbegründung ausführt, nicht aus eigenmächtigen Motiven gehandelt, auch nicht, um das deutsche Reich in politische Verlegenheiten zu bringen, sondern in höchster Erregung. Das Publikum sei durch das Verhalten der Franzosen sehr gereizt worden.

Wb. Berlin, 22. Sept. Im Prozesse gegen die Weisenseer Kommunisten sind die Ablehnungsanträge der Verteidigung als unbegründet erklärt worden. Die abermals von den Verteidigern beantragte Prüfung, ob das Gericht zuständig sei, lehnte das Gericht ab, ebenso den Antrag des Staatsanwalts auf Aufschluß der Öffentlichkeit.

Wb. Stettin, 22. Sept. In Calliers ist der Fabrikbesitzer Abraham in seiner Wohnung von drei Männern erschossen worden. Die herbeieilende Frau des Ermordeten wurde zur Herausgabe des Geldes aus dem Kassenschrank genötigt.

Um die Kartoffeln.

Wb. Minden, 22. Sept. Der Eisenbahnbetriebsrat in Minden teilt mit, daß dort keine Kartoffeltransporte angehalten wurden.

Berlin, 22. Sept. Auf Grund des Erlasses des Reichsverkehrsministeriums gegen die Störung der Kartoffeltransporte haben die Arbeiter in den Direktionsbezirken Magdeburg, Erfurt, Frankfurt a. M., Stettin und an einzelnen wichtigen Knotenpunkten Beschlässe gefaßt, worin vom Reichsverkehrsminister die sofortige Regelung der Kartoffelverteilung gefordert wird. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner beschließt sich heute mit dieser Angelegenheit und wird dem Minister dann ihre Stellungnahme übermitteln.

Frankfurt, 22. Sept. Aus Gießen wird gemeldet: Als Protestmaßnahme gegen die hohen Kartoffelpreise in der Provinz Oberrhein haben die Arbeiter des staatlichen Elektrizitätswerkes Wörschheim den Betrieb eingestellt. Infolgedessen ist die ganze Provinz Oberrhein ohne Licht und Kraft. Sämtliche industrielle Werke müssen feiern. Die Braunkohlengruben Abensfeld steht vor dem Ersaufen. Die Bahnhöfe haben Notbeleuchtung. Der Proteststreik der Arbeiterschaft hat heute früh bei der Bauernschaft in Hessen eine Gegenbewegung hervorgerufen, indem die Orte keine Milch mehr in die Städte liefern. Die Einigungsversuche zwischen den Behörden und der Arbeiterschaft führten bis zur Stunde zu keinem Ergebnis.

Wb. Magdeburg, 22. Sept. Der Oberpräsident hat heute nach eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern der Kommunalverbände und der Beamten und Arbeiterschaft an die Reichsregierung den Antrag gestellt, die Höchstpreise für Kartoffeln auf 20 M. festzusetzen.

Kleine Nachrichten. In Minden ließ eine Familie aus Unvorsichtigkeit den Gashahn offen. Die Frau nebst ihren zwei Töchtern wurden bewußlos ins Krankenhaus eingeliefert. — In Ham-born wurde ein Kofhänger verhaftet, der seine Wirtin, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, in Gegenwart ihres 6jährigen

Sohnes mit der Axt erschlagen und im Walde verscharrt hatte. — In Bottrop wurden seit Monaten frisch bestattete weibliche Leichen ausgegraben und schrecklich geschändet. Jetzt wurde als Täter ein, vermutlich wahnsinniger, Bergmann festgenommen. — In Witten ist man auf neue mächtige Kohlenlager gestoßen. — Ein Unteroffizier erschoss in Osnabrück einen Soldaten, der ihm auf dem Transport zum Gefängnis entsprungen war. — Die Machener Straßenbahner sind in den Auslands getreten, weil sie nach einer Entscheidung des Regierungspräsidenten die vor kurzem selbständig abgelegten Mißnummern wieder anbringen sollten. — In Magdeburg hat der 30 Jahre alte Filmschauspieler Richter die 13jährige Tochter eines Ingenieurs und dann sich selbst erschossen. Grund zu der Tat ist ein unerlaubtes Liebesverhältnis gewesen, das Richter mit dem Mädchen unterhielt und das entdeckt worden war.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	22. Sept.		21. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1853,10	1861,90	1970,50	1974,50
Brüssel-Antwerpen	412,05	412,95	459,50	460,50
Christiansia	799,20	800,80	839,10	870,90
Kopenhagen	799,20	800,80	839,10	870,90
Stockholm	1173,80	1181,20	1286,30	1288,80
Stettin	194,80	175,20	189,80	190,20
London	249,75	250,25	272,20	27,80
Paris	204,22	204,75	222,87 1/2	222,87 1/2
New York	19,81 1/2	59,93 1/2	61,43	63,57
Batavia	—	—	432,05	432,95
Singapur	—	—	1023,90	1026,10
Schanghai	—	—	924,05	925,95
Wien (alles)	24,72	24,73	25,47	25,53
do. (Deutsch-Öst. abgesehen)	26,92	26,93	26,97	27,03
Prag	80,90	81,10	81,90	82,10
Bombay	21,22	21,28	21,22	21,23

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Befe; beide in Herford.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwestdeutsche-landsbedeutendste und verbreitetste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit handels- und Schiffsahrts-Nachrichten
und Kupfertiefdruck-Bellage
Kundschau im Bilde

Wöchentlich zwölf Ausgaben

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):
monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):
monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50
Probenummer kosten- und porto frei

Auslands- und Wochen-Ausgabe
des Hamburger Fremdenblatts:

Deutsche Übersee-Zeitung

reich illustriert in Kupfertiefdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 13.— vierteljährlich
Wir versenden an uns aufgegebenen Adressen
von Auslandsdeutschen Probenummer mit Tarif

In unser Handelsregister A Nr. 694 ist heute die am 16. September 1920 begonnene, offene Handelsgesellschaft unter der Firma „Böberßen u. Co.“ in Herford eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute A d o l f Böberßen und Heinrich Wille, beide zu Herford.

Herford, den 18. September 1920.

Amtsgericht.

Ämtliche Bekanntmachungen

der Stadt Herford.

Anordnung über das Schlachten von Schaflämmern.

Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über ein Schlachtverbot für trachtige Rühre und Sauen vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 515) bestimme ich hiermit unter Abänderung meiner Anordnung vom 28. Januar 1920 folgendes:

§ 1. Das durch die Anordnung vom 28. Januar 1920 ausgesprochene Verbot der Schlachtung aller in diesem Jahre geborenen Schaflämmer wird für Bodklammer und Hammellämmer mit dem 1. Oktober ds. Js. aufgehoben.

Ausnahmen von dem Verbot für weibliche Schaflämmer dürfen — unbeschadet der Vorschrift im § 2 der Anordnung vom 28. Januar 1920 über Rotschlachtungen — auch vom 1. Oktober ab nur aus dringenden wirtschaftlichen Gründen, in der Regel nur für solche Lämmer, die zur Aufzucht nicht geeignet sind, vom Landrat, in Stadtkreisen vom der Orts-polizeibehörde, zugelassen werden.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 31. Juli 1920.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Vertretung: Ramm.

Veröffentlicht!

Herford, den 15. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Nur 2 Tage in Herford!
 Alte Gebisse bis 3000 Mk.
 Künstl. Zähne per Zahn 5, 8, 10, 15 Mk.
 Brennstifte, Kontakte.
Ich zahle höchsten Tagespreis!
 Ankauf in Herford am Donnerstag, den
 22. und Freitag, den 24. September im
 Hotel zur Post, von 10-6 Uhr.
 Arnolds, Haall. berecht. Antäufser.

Versteigerung.
 Zur freiwilligen Auktion werde ich am **Sonnabend,**
 den **25. September,** mittags 12 Uhr, im Bürgerverein,
 aus einem Nachlaß
 1. Büfett, 2. Ausziehtische, 3. Lederstühle, 4. Maholstühle
 (eichen), 1. Sofa, 1. Schreibtisch, 1. Bettstelle m. Matratze,
 2. Badstühle mit Spiegel, 1. Kleiderkasten (weiß lackiert),
 2. hochstä. Betten, 3. Bettstellen mit Matratzen, 2. Näh-
 maschinen, 2. Kuchenschneidbretter, 3. große Tische, 1. Koch-
 herd, 1. Kettlerv. 1. Gaskocher, 1. Esstisch, 1. Kinder-
 schränkchen, 2. Spiegel, 1. Garderobensch. und 2. Stühle, 1.
 zweirädriger Landwagen, 1. Schreibmaschine, 1. Schieb-
 karte, 16 Matratzen, 9 Polster, 1. Jagdhüte, 1. Trom-
 pete und sonstiges mehr
 Öffentlich meistb. gegen Barzahlung versteigern. Die Sachen
 sind gebraucht, sehr gut erhalten u. von 11 Uhr an zu besichtigen.
Robert Formel, Auktionator,
 Holländstraße 49.

Thomasmehl und Kali
 zur Herbstbestellung empfiehlt
Georg Schweppe.

Kartoffeln
 Liefere ladungswise jederzeit. Anfragen erbeten.
Paul Esser & Co., Magdeburg, Bel. orstr. 19.

PELZE
 Auch in dieser Saison biete
 meiner werten Kundschaft wie
 alljährlich grosse Vorteile beim
 Einkauf von Pelzwaren. Reiche
 Auswahl in allen modern. Pelz-
 garnituren. Officiere **pracht-**
volle Pelze schon für **70,**
90, 130 Mark und höher.
Schicke Pelzhüte.
 Pelzänderungen b. gewissenhafter
 Ausnutzung des übergebenen Ma-
 terials.
 — Für Fahrt von auswä. vergütet 5 Mk. —
Pelz-Etagengeschäft
H. Büttner, Bielefeld
 Bahnhofstrasse 2, 1. Etage, Eingang im Kino.

la. Saatweizen
la. Saatroggen
 erhalte in einigen Tagen. Bestellungen er-
 bitte schon jetzt.
Georg Schweppe.

In einer Stunde besten **Garantie jede**
Läuse-Plage
 auch Flöhe samt Brut Nissen bei Menschen und Tieren mit
 mein. pat. geist. Mittel „Cediba“, Pulver u. Seifen unchäd.
 Verkauf: **Friseur Schlemmer, Herford, Mendenstr. 33.**

Gold
 dekorierte
Waschgarnituren
 sehr preiswert.
Rosenbaum, Radewig.
 Bitte Fenster zu beachten!

Versteigerung.
 Freitag, den 24. d. Mts., 10 Uhr vorm.,
 werde ich hier auf dem Lühberbruch eine 8-10
 Jahre alte
schwarzbraune Stute
 öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
 Füllgrabe, Gerichtsvollzieher.

Alte Strickwolle
 wie Schafwolle gewaschene u. ungewaschene,
 sarische ich Freitag, d. 24. September, im
 Wafhof zur Krone, Brüderstr. gegen meine
prima reinwollene Strickgarne
 ein.
Otto Leineweber, Wolle u. Garne, Schlotheim.

Musikverein. **Metallbetten**
 Damen u. Herren 8 Uhr pünktl.
 Stahlrohrmatratzen, Kinder-
 betten, Polster an Federwann
 Katalog frei. Eisenmöbel-
 fabrik, Cuih i. Thür.
Institut Boltz J. mensu. Thür. Einj.-Abitur. Damen u. Herren pünktl. 8 Uhr.

Schreibhefte u. Diarien
 Zwei Ausführungen.
 Sorte I: **Schreibhefte**, 28 Seiten stark, 16 Linien, Stück **73** [~]
Diarien, mit Wachstuch-
 deckel, 72 Seiten stark, Stück **200** [~]
 Sorte II: **Schreibhefte** (allerbestes Papier)
 28 Seiten stark, 16 Linien, Stück **88** [~]
Diarien, mit Wachstuch-
 deckel, 72 Seiten stark, St. **265** [~]
Buchdruckerei Fr. Kuhle
 Rennstrasse 29/31. Fernsprecher 83.

Städlerin
 sucht noch Kundschaft.
 Genossenschaftsstr. 11.
Kräftiges Mädchen
 nicht unter 17 Jahren, das
 zu Hause schlafen kann, z.
 1. 10. gesucht. Zu melden
Holländstraße 27,
 nach 5 Uhr nachmittags.

Erfahrenes
Mädchen
 für ganze Tage, welches zu
 Hause schlafen kann, zum
 1. Oktober d. Js. gesucht.
Waltgeriestraße 37, I.
 Zum 1. oder 16. Oktober
 suche ich ein im Kochen erfahrenes
Mädchen.
Frau Erich Weinberg,
 Weidg. Schützenstr. 4.

Geübte
Arbeiterinnen
 gesucht.
Adolf Gartenstein,
 Kartonnagenfabrik.
Perfekter
Maschinen-
schreiner
 (Frei!) für dauernde Beschäf-
 tigung gesucht. Lohn M. 5,65.
 Zu erfragen
Jungferstraße 9.

Laufjungen
 (älteren Schuljungen)
 od. Schulentlassenen, sofort gesucht
Gebrüder Weingarten,
 Komturstraße.

Nebenverdienst
 bis M. 1000. — mtl. bequem
 zu Hause. Täglich 2 Stunden,
 schriftliche Arbeiten auch für
 Damen. Auskunft Markt 2. —
 und Rückporto.
Warnhe, Essen 499.
 Postfach 499.

Möbelfabrik, Bezirk Düsseldorf,
 bef. Gebiet, sucht per sofort
 einen tüchtigen
Holzmalers
 ges. Alters, unverheiratet, für
 dauernde Beschäftig. Schriftl.
 Angebote an
Louis Engels, Burscheid
 Bezirk Düsseldorf.

Geschäfts-
haus
 mit Hofraum u. großer Scheune
 steht erbeileungshalber zum
 Verkauf. Nähere Auskunft bei
L. Huep, Elmterstr. 48.

Junger Mann sucht zum 1. Okt.
einf. möbl. Zimmer
 mit voller Pension
 Angeb. unt. Nr. 11415 an die
 Geschäftsstelle dieser Zeitung.
Laden od. Werkstelle
 mit Gas fof. zu mieten gesucht.
 Angebote unter Nr. 11421 an
 die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Note
Möhren
 hat abgegeben
 in jeder Menge
Karl Schaper
 Lühberstraße 29
 Fernsprecher 722.

Ein neues
Fahrrad
 umständehalber billig
 zu verkaufen.
Aug. Kaufmann,
 Bündelstr. 17.

Zu verkaufen
1 Vertikow, Sofa
6 Stühle, Tisch und
Leppich.
Rennhofmauer 21.

Handelskursus.
 Das 45. Semester zur
 Vorbereitung von Da-
 men und Herren für
 Bürokratie und Ge-
 schäftsleben beginnt
 am 7. Oktober.
 Anmeldungen sind
 baldigst einzureichen
 Lehrplan und Aus-
 kunft kostenlos.
Kaufm. Privatschule
F. Kohlhas-Bielefeld,
 Arndtstrasse 11a.
 Telefon 2980.

Kurse für Landwirte
 beginnen am 4. Novbr.

An- und Verkauf
 von gebrauchten Möbeln,
 Oefen, Betten, Kleidern,
 sowie sämtlichen Gegenständen
 vom einfachen und künstlerischen
 Best. Postkarte genügt.
Jacob Schmitt, Stifftberg
 Straße 1, (Ereuzgang).

Ein eleg. blauer Anzug,
ein Covercoat-Mantel,
ein schw. Damentosium
 aus prima Stoffen u. Zylinder
 verarbeitet, sehr billig zu ver-
 kaufen.
Luchspezialhaus
Lehmacher,
 Bäderstraße 33 / Telefon 971.

Ein gut erhaltenes
Eimerschrant
 nebst Küchenbord zu ver-
 kaufen. Driftelerstraße 33.

Fahrrad
 ohne Decken preiswert zu ver-
 kaufen.
Bünderstr. 41, I. Etage.

Mehrere Capott-
Hüte und Hauben
 preiswert zu verkaufen.
Steintstraße 1, II.

Verloren
Geldtasche (mit lebendem) mit
 Inhalt. Wegen guten Finders
 Lohn abzugeben.
Bismarckstraße 40, I.

Geschlechts-
 kranke jeder Art (Harn-
 röhrenleiden frisch u. spez.
 veraltet, Syphilis, Mannes-
 schwäche, Frauenleiden)
 wenden sich sofort vertrau-
 ensvoll an Spezialarzt
Dr. med. Dammann
 Berlin S 69 Potsdamerstr.
 123 B. Sprechst. 9-11 u.
 2-4, Sonntags 10-11 Uhr.
 Beliehrende Broschüre mit
 tausenden freiw. Dankschr.
 u. Angabe bester Heilmittel
 (ohne Quacksalber u. andere
 Gifte, ohne Einspritz, ohne
 Borststör) gegen 1.- Mk.
 diskret in versch. Rayort
 ohne Aufdruck. Leiden ge-
 nau angeben.

Gemäß § 160 der R. D. D. wird der Wert der Sachbezüge für den Landkreis Herford vom 1. Oktober 1920 ab bis auf weiteres wie folgt festgestellt:

Nf. Nr.	Berufsgruppe		Früh- stück	Mittag essen	Vesper	Abend- brot	Freie Beschäftigung für 1 Tag (Spalte 4-7)		Freie Beschäftigung für das Jahr 365×(Spalte 8 abgerundet	Freie Wohnung für das Jahr	Heizung u. Beleuchtung für das Jahr	Freie Station			Freier Trunk in Brauereien für 1 Liter	Freies Rauchen für Zigarren- arbeiter jährlich	
											ohne		mit				
									Heizung und Beleuchtung								
									für 1 Tag	für das Jahr (Spalte 9-10)	für das Jahr (Spalte 9-11)						
			3	3	3	3	M 3	M	M	M	M 3	M	M	3	M		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
1.	Dienstboten, landw. Arbeiter, gewerb. Arbeiter, Hand- werkergehilfen, (Gehülfen) u. Handwerkerlehrlinge	ledig	60	150	60	90	3	60	1200	120	80	3	90	1420	1500	40	400
		verb.	60	150	60	90	3	60	1300	200	80	4	10	1500	1500	40	400
2.	Betriebsbeamte und andere Angestellte einschl. der Hand- lungsgehilfen, Lehrer und Erzieher, Apothekergehilfen, Apothekerlehrlinge u. Hand- lungslehrlinge	ledig	60	200	70	110	4	40	1600	170	150	4	85	1770	1920	40	100
		verb.	60	200	70	110	4	40	1600	475	150	5	70	2075	1920	40	500

1. Den Monatslohn der nur für das Jahr festgesetzten Sachbezüge (Spalte 10, 11, 16,) ergibt die Teilung durch 12.
 2. Den Wochenbetrag ergibt der 7. fache Tageslohn in Spalte 8, 12.

Herford, den 15. September 1920.

Das Versicherungsamt. Der Vorsitzende, in Vertretung: von Vornhaupt.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Postgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 224 (Zweites Blatt)

Herford, Donnerstag, den 23. September 1920

38. Jahrgang.

Wann ist die Landtagswahl?

Von Dr. Schreiber-Halle.

Mitglied der preussischen Landesversammlung.

Die Rechtsparteien haben in der letzten Zeit mit besonderem Eifer die sofortige Auflösung der Preussischen Landesversammlung und die alsbaldige Ausschreibung von Neuwahlen für Preußen gefordert. Auch die Deutsche Demokratische Partei muß zu dieser Frage klare Stellung nehmen. Dabei ist von vornherein zu betonen, daß auch wir für die Preußenwahlen den frühesten Termin wünschen, der nach Lage der Verhältnisse möglich erscheint. Und es ist selbstverständlich, daß dieser Termin nicht von parteitaktischen Erwägungen, sondern allein von dem Interesse des Landes bestimmt werden darf. Die Landesversammlung ist vom Volke beauftragt worden, ihm eine Verfassung zu geben. Die preussische Verfassung ist der Verabschiedung nahe, und es ist daher selbstverständlich, daß das Verfassungswerk von der Landesversammlung noch zu Ende geführt wird. Es wäre ferner nicht zu billigen, wenn die endgültige Verabschiedung der Verfassung durch die Landesversammlung durch vorzeitige Auflösung der Preußenversammlung immer weiter hinausgeschoben würde, und es erfordert endlich eine geordnete Wirtschaft im Staat, daß der Staatshaushalt für das laufende Jahr 1920, dessen Beratung in den Ausschüssen weit vorgeschritten ist, sobald als möglich verabschiedet wird. Es liegt kein sachlicher Grund dafür vor, daß insbesondere diese Arbeiten jetzt unterbrochen und dann frühestens im Dezember vom neuen Landtag von neuem begonnen werden müssen. Auch wir hätten selbstverständlich gewünscht, daß gerade die erwähnten bedeutungsvollen gesetzgeberischen Arbeiten bereits früher ihrer Vollendung zugeführt worden wären. Es darf aber nicht aus dem Auge verloren werden, daß der verhängnisvolle Rapp-Putsch auch die Tätigkeit der Preussischen Landesversammlung um mindestens zwei Monate verzögert und es dadurch verhindert hat, daß der Weg für Neuwahlen bereits im November d. J. frei geworden ist. Wie die Dinge jetzt liegen, wird die Landesversammlung zur Erledigung der notwendigen gesetzgeberischen Arbeiten noch eine ganze Reihe von Wochen voll beschäftigt sein. Eine Wahl vor Weihnachten wird sich daher schon aus diesen Gründen nicht ermöglichen lassen. Dagegen ist zu hoffen, daß der Neuwahl Mitte Februar nächsten Jahres nichts im Wege steht. Dieser Termin würde vor einer Neuwahl bereits in den nächsten Wochen auch den Vorteil haben, daß die sonstigen, in nächster Zeit bevorstehenden Wahlen, gleichzeitig vorgenommen werden können. Es ist zu hoffen, daß unsere unglücklichen Volksgenossen in Oberschlesien bis dahin über ihr Schicksal entschieden haben werden. Dann steht der Wahl des Reichspräsidenten und den Nachwahlen zum Reichstag in den Abstimmungsgebieten nichts mehr im Wege. Es ist im Interesse des Volkes sicherlich gelegen, wenn es nicht alle paar Monate mit einem Wahlkampf beglückt wird.

Das sind sachliche Gründe, die gegen eine Neuwahl in Preußen bereits im November sprechen. Und das, was für

eine alsbaldige Wahl angeführt wird, ist dem gegenüber nicht überzeugend. Vor den Wahlen zum Reichstag waren die Rechtsparteien wohl in der Lage, der Wählerschaft zu verkünden, daß nach den Wahlen ein vollkommener Umschwung eintreten, daß sie die Mehrheit erlangen, das Volk von den „roten Fesseln“ befreien und den Wiederaufbau durchführen würden. Heute weiß Jedermann, daß die Rechtsparteien am 6. Juni in Preußen nur wenig mehr als 1/4 aller Stimmen erhalten haben und daß daher auch im zukünftigen Preussischen Landtag an eine Rechtsmehrheit gar nicht zu denken ist. Die gegenwärtigen Regierungsparteien, Demokratie, Zentrum und Sozialdemokratie haben nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen in Preußen eine wenn auch knappe Mehrheit. Eine grundlegende Aenderung der Mehrheitsverhältnisse in Preußen, mit der das Verlangen nach sofortigen Neuwahlen vielfach begründet wird, werden die preussischen Landtagswahlen daher kaum bringen; zumal der Streit um Moskau inzwischen einen Rücklauf der unabhängigen Wähler zur Mehrheitssozialdemokratie und das gar zu augenfällige Mißverhältnis zwischen den Worten und Taten der Deutschen Volkspartei, von deren „Wiederaufbaukünften“ vorläufig noch niemand etwas gesehen hat, auch deren Reihen bei den kommenden Wahlen erheblich lichten wird.

Als weiterer Grund für alsbaldige Neuwahlen in Preußen wird angeführt, daß augenblicklich in dem größten Gliedstaat und im Reich verschiedenartige Parteikonstellationen die Geschäfte führen und daß das nicht im Interesse des Volkes gelegen sei. Es mag durchaus zugegeben werden, daß eine Lebereinstimmung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse im Reich und in Preußen wünschenswert ist, obwohl der Einfluß Preußens auf die Regierungsführung gegenüber früher gegenwärtig erheblich vermindert ist und obwohl gerade die Anhänger der Rechten früher an der so außerordentlich verschiedenartigen Mehrheitsverhältnisse im Reich und in Preußen nicht den geringsten Anstoß genommen haben. Der berechtigte Wunsch nach einer gleichartigen Regierungsbildung im Reich und in Preußen kann indessen die Forderung nach sofortigen Landtagswahlen nicht begründen. Denn kein Mensch kann heute sagen, wie die Regierung im Reich vielleicht schon in den nächsten Wochen und dann hoffentlich auf längere Dauer zusammengefaßt sein wird. Darüber ist sich, doch wohl Jedermann einig, daß die dauernde Führung der Regierungsgeschäfte durch eine Parteikonstellation, die keine Stütze in einer zuverlässigen parlamentarischen Mehrheit findet, auf die Dauer unhaltbar ist. In diesen unerfreulichen und ersten Zeiten ist nichts so notwendig zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes, wie unbedingte Autorität und Stärke der Regierung, die wirklich führen will. Diese Autorität und Stärke der Regierung läßt sich nur gewinnen, wenn sich die Regierung auf eine möglichst breite parlamentarische Basis stützen kann. Von Stresemann bis Scheidemann werden deshalb gerade in diesen Tagen immer wieder Erörterungen darüber gepflogen, ob, wie und wann die Mehrheitssozialdemokratie das Maß von Verantwortlichkeit innerhalb der Regierung wieder übernehmen wird, das ihr als der stärksten Partei des Deutschen Reichstags die Wählerschaft im

Junii zugemessen hat. Es ist klar, daß von dem Ergebnis dieser Erörterungen auch die Frage der künftigen Regierungsführung in Preußen und der Preußenwahl selbst nicht unbeeinflusst bleiben kann. Es ist auch aus diesem Grunde wünschenswert, daß die Wahlen zum Preussischen Landtag erst dann stattfinden, wenn die unhaltbaren Verhältnisse im Reich eine Klärung gefunden haben.

Aus allen diesen Gründen erscheint es, sofern sich die parlamentarische Situation in Preußen und im Reich nicht in unvorhergesehener Richtung entwickelt, kaum möglich, daß die Wahlen für den Preussischen Landtag bereits in den nächsten Wochen stattfinden können; wohl aber müssen wir fordern, daß diese Wahlen an dem frühesten dazu geeigneten Termin stattfinden, und das scheint nach Lage der Verhältnisse, wenn man den Wahlkampf nicht gerade während der Weihnachtszeit führen will, Mitte Februar zu sein.

Die Autonomie der Provinzen.

Von Dr. Conrad Berndt.

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

I.

Das wichtigste Problem, das die Preussische Landesversammlung bei der Beratung der Preussischen Verfassung zu lösen haben wird, ist das Verhältnis des Preussischen Staates zu seinen Provinzen, ein Problem, dessen Lösung nicht nur von entscheidender Bedeutung für den Bestand des Preussischen Staates, sondern auch für das Verhältnis des Reiches zu Preußen und seinen einzelnen Bestandteilen ist. In den Preussischen Provinzen, insbesondere in den westlichen Landesteilen macht sich das dringende Verlangen nach provinzieller Selbstständigkeit geltend. Dieses Verlangen muß vom demokratischen Standpunkte aus als durchaus berechtigt anerkannt werden, denn dem demokratischen Staatsideal entspricht der Aufbau des Staates von unten nach oben. Gerade in der heutigen Zeit ist die Selbstverwaltung mit allen Mitteln zu fördern, denn der Gedanke der Selbstverwaltung ist einer der großen schöpferischen Gedanken, die die Kraft in sich haben, auch sinkende Völker mit neuem Leben zu erfüllen und sie wieder zur Höhe empor zu führen.

Aufgabe der Preussischen Verfassung wird es daher sein, den berechtigten Autonomiebestrebungen der Provinzen in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen; doch darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß Preußen nicht ein selbständiger Staat, sondern nur ein Glied des Deutschen Reiches ist. Die Zuständigkeit der einzelnen Länder ist durch die Reichsverfassung eng begrenzt; dem Preussischen Staat verbleibt daher nur ein verhältnismäßig beschränktes Feld eigener staatlicher Betätigung. In dieser eigenartigen Stellung des Preussischen Staates zwischen dem Reiche auf der einen und den Provinzen auf der anderen Seite muß daher auch die Selbstständigkeit der einzelnen Provinzen ihre notwendigen Grenzen finden. Wäre der Preussische Staat ein selbständiger Staat, so könnte die Provinzialautonomie unbedenklich auf sehr weite Gebiete staatlicher Tätigkeit

Der Rückschritt der Menschheit.

Von Dr. Alexander Elster-Berlin.

Von den Fortschritten der Menschheit hält die Erde wider. Fast alles, was gedruckt wird, gibt Kunde von Fortschritten des Wissens, der Technik — nicht immer auch der seelischen Kräfte, aber auch da glaubt man doch allgemein an ein Vorwärtswandern. Im Geistigen jedenfalls, im Intellektuellen glauben wir uns — im ganzen genommen — doch weit voraus den Vorfahren.

In den Tieren haben wir es sehr, sehr weit gebracht. Im Ganzen aber?

In der Fabrik, in der Kunst, in der Wissenschaft herrscht Spezialistentum, wird Sonderformen auf verhältnismäßig engem Gebiet hochgezogen, damit Reforde auf irgendeinem Punkte des Gesamtgeschehens erreicht werden — und ein neuer Reforde wird als eine Großtadt bewertet und mit Mengen von Papiergeld entlohnt — ganz gleich, ob es die Menschheit fördert, wenn etwa einer im Schnelllauf überhört, ob es die Menschheit fördert, wenn etwa einer im Schnelllauf überhört. Zu welchem Zweck also? Das ist nur ein Beispiel. Nicht etwa, daß dergleichen nicht sportlich und in sonstiger Hinsicht interessant ist, aber was haben solche Einzelreforde mit Geld und Wirtschaft zu tun?

Es hat sich hier eine um sich freisichende bössartige Krankheit der menschlichen Verwertungsart eingestellt, die zur Züchtung von Leimmenschen führt.

Wer kommt heute im Kampf ums Dasein am besten vorwärts und wird am höchsten entlohnt? Der irgendein Teilgebiet am besten kann und dort eine gewisse Seltenheit ist — mag er auch sonst ein ganz unbrauchbarer Mensch sein. Wenn das so weiter geht, so züchten wir allmählich Fußmenschen, Handmenschen, Augenmenschen, Radenmenschen, Rumpfmenschen — namentlich letztere Art ist schon stark einseitig vertreten.

Mag sein, daß die technische Leistung der Menschheit durch solche übertriebene Arbeitsteilung gesteigert wird — das Menschentum muß dabei früher oder später zugrunde gehen.

In der Vorzeit, auf die wir hochmütig herabsehen, galt der Mensch am meisten und wurde als Held oder Heldin genannt, wurde Führer und König, der auf mehreren Gebieten der Beste und auf vielen ein einigermaßen guter Köhmer war. Da wurde, wie heute noch im Glauben, daß sich alte Bewertungen noch bewahrt hat, „kompensiert“, da kam es — wie hier und da heute noch im künftigen Wettbewerb — auf die Mehrzahl der „Punkte“ auch im Leben, nicht bloß in einer Prüfung, an!

Wenn heute ein Bewerber um einen Posten im praktischen Leben bei der Bewerbung darauf hinweisen würde, daß er außer den zu der Teilarbeit nötigen Dingen auch noch anderes, Vielseitiges könne, so wird ihm der Prinzipal meistens antworten: „Das ist ja ganz schön und gut, aber das brauchen wir hier nicht“. Das ist für die besseren geistigen und seelischen Leistungen auch in dem Beruf, der sie nicht unmittelbar braucht, gut und förderlich sein würde, wenn der Mensch im ganzen tüchtig und kenntnisreich ist, das wird mehr und mehr verlangt und beiseite gesetzt — zum Schaden der Qualität der Arbeitsleistung.

Die Stellungen, in denen noch auf eine gewisse Universalität gesehen wird, sind selten und werden immer seltener, je mehr die Spezialisierung vorangeht — Universalität und Menschentum werden zugrunde. Vielleicht die Privatsekretäre und Gesellschaftsdamen, Reisebegleiter und Stützadjutanten kommt es auf universelle Bildung, auf vielseitiges Können und auf Menschentum an. Aber diese Stellungen haben ja an Bedeutung und Zahl schon ganz erheblich eingebüßt, und je mehr die alten traditionellen aristokratischen Kreise depopuliert werden und ein neuer Reichtum von unten herauf steigt, wird auch auf solche Weise das Niveau der Bildung und der Stand der Anforderungen herabgedrückt. Gehörte früher solche Bildung noch gewissermaßen zu dem Luxus, den man ersahnte und der

das Leben angenehm machen sollte, so wird jetzt Bildung und Universalität zum „Luxus“, der sich nicht mehr bezahlt macht.

Damit muß notwendigerweise eine Verschlechterung der menschlichen Klasse eintreten. So tüchtige Leute wie die Urmenschen, die sich die schwierigsten Werkzeuge aus Stein schlugen und mit solchen Gewaffen die Riesentiere der Urzeit erlegten, werden nicht mehr geboren werden. Statt dessen werden „Rüdermenschen“ geboren — d. h. Lebewesen, die ein paar Räder des ganzen Getriebes kennen und bedienen und im übrigen Nullen sind — und Nullen sein müssen, wenn sie zufrieden sein und „vorwärts“ kommen wollen. Man kann sie auch Nullis nennen und damit feststellen, daß die breite Masse trotz besserer Entlohnung prozentual doch weniger teilnimmt an den Segnungen der Gesamtkultur, als das früher der Fall war.

Nun wird man aber auf die Dichter und Künstler hinweisen, denen noch immer „die Menschheit in die Hand gegeben ist“ und die den Beruf haben, sie zu wahren. Aber was gilt heute der Dichter und Künstler, wenn er nicht ebenfalls Spezialist ist, der den Sonderwünschen der anderen Teilmenschen dient? Es bedarf hier keines Hinweises darauf, wie die Verfertiger niedrigerer Kunst den besten geldlichen Lohn ernten — und schließlich hängt doch auch für die Dichter und Künstler das Leben von der Möglichkeit, es zu bezahlen, ab. Dasjenige, was die Allgewalten „Künstlerisch“ noch verbinden kann, ist zu wenig, ist zu klein, zu schmal geworden, als daß die wahre universelle Kunst, die sich von Sensation und Spezialisierung fernhält, den genügenden Resonanzboden findet, der die materielle Entlohnung verbürgt.

Dies alles erkennen heißt den lautesten Warnungsruf ausstoßen, daß man mit verzweifelter Anstrengung herausmühe aus dieser so „zvangsläufig“ gewordenen Entwicklung. Hier sind unermeßliche Menschheitswerte in Gefahr!

Ausgedehnt werden; sowie die Verhältnisse tatsächlich liegen, würde aber eine zu weit gehende Autonomie der Provinzen zur Auflösung des Preussischen Staates führen; wird die Mehrzahl der dem Staat noch verbliebenen Funktionen auf die Provinzen übertragen, läßt sich der Staat auf die Dauer nicht aufrecht erhalten, er müßte an innerer Blutleere eingehen.

Die Frage der provinziellen Autonomie läßt sich daher nicht lösen ohne grundsätzliche Stellungnahme zu dem Problem des Preussischen Staates als solchem. Die Frage muß so gestellt werden: Ist innerhalb des neuen Reiches noch Raum für den Preussischen Staat oder fordert die notwendige Entwicklung eine anderweitige Gliederung des Reiches und damit die Auflösung Preussens?

Nun ist zweifellos das Ziel der staatlichen Entwicklung Deutschlands der Einheitsstaat; dieses Ziel darf nie außer acht gelassen werden, und auch die Preussische Verfassung wird nichts enthalten dürfen, was die Erreichung dieses Zieles erschweren könnte. Eine andere Frage aber ist es, ob diesem Ziele durch eine Auflösung des Preussischen Staates gedient wäre, oder ob nicht gerade dadurch der natürlichen Entwicklung zum deutschen Einheitsstaat in verhängnisvoller Weise entgegengekehrt werden würde.

Die Mehrheitsparteien der Preussischen Landesversammlung haben noch vor Einbringung der Verfassungsvorlage am 17. Dezember v. J. einen Antrag auf Herbeiführung des deutschen Einheitsstaates angenommen; dieser Antrag hat aber in den andern deutschen Ländern, insbesondere in Süddeutschland einen Widerhall gefunden, der den Einheitsstaat unter Ausgehen aller Länder im Reiche zur Zeit als undurchführbar erscheinen läßt. Würde nun Preußen trotzdem seine Sonderexistenz aufgeben, so würde damit dem Gedanken des Einheitsstaates in keiner Weise gedient sein, das Gegenteil wäre der Fall. Die übrigen Länder würden bestehen bleiben, nur an die Stelle des Preussischen Staates würde eine größere Anzahl kleiner staatlicher Gebilde treten. Der einzige deutsche Großstaat und damit die Arbeit von Jahrhunderten wäre vernichtet, und wir wären glücklich wieder bei den Zeiten schlimmster Kleinstaaterei angelangt. Jede Provinz würde ihr eigenes Ministerium haben, die Provinziallandtage würden sich zu Parlamenten entwickeln, der staatliche Apparat und damit dessen Kosten wären vervielfacht. Die Provinzen würden auch als Länder zum größten Teil wirtschaftlich und finanziell gar nicht existenzfähig sein, die wichtigsten staatlichen Aufgaben, insbesondere auch die Kulturaufgaben würden schwer leiden. Auch politisch wäre diese Entwicklung im höchsten Grade gefährlich. Die östlichen Provinzen würden größtenteils der schlimmsten Reaktion anheimfallen, während der große Preussische Staat nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht einen Ausgleich zwischen Osten und Westen herbeiführen in der Lage ist; es würde in Deutschland eine Grenzlinie zwischen Ost und West entstehen, die gefährlicher für den inneren Zusammenhalt des deutschen Volkes werden könnte, als die Mainlinie.

Hierbei ist nicht zu übersehen, daß auch sonst in Deutschland Kräfte am Werke sind, welche zum Teil bewußt auf eine Zerreißung Deutschlands hinarbeiten, und der französische Landesfeind fördert alle diese Kräfte, um Deutschland durch innere Zerrissenheit vollkommen und dauernd ohnmächtig zu machen. Der Preussische Staat aber ist das festeste Bollwerk gegenüber allen diesen Bestrebungen.

Das bedeutet natürlich nicht daß in Deutschland kein Grenzstein verrückt werden dürfe; im Gegenteil ist eine Aenderung der territorialen Gestaltung des Reiches, zu der Artikel 18 der Reichsverfassung die Handhabe bietet, unerlässlich. Aber diese Aenderung darf nicht bestehen in einer Schaffung neuer Kleinstaaten, sondern in einem Zusammenschluß der deutschen Kleinstaaten zu größeren leistungsfähigen staatlichen Gebilden, wie sich ja die thüringischen Staaten bereits zu einem Gesamtstaate vereinigt haben. Hierbei wird auch von preussischer Seite nicht in kleinlicher Weise an jedem Quadratmeter festgehalten werden dürfen, so würde auch vom preussischen Standpunkte z. B. gegen eine Angliederung der preussischen Teile Thüringens an den neu entstandenen thüringischen Staat nichts einzuwenden sein.

Nun wollen allerdings auch die Anhänger einer sehr weitgehenden Autonomie der Provinzen nicht die Auflösung des preussischen Staates, im Gegenteil erblicken sie gerade

in der Provinzialautonomie das geeignetste Mittel, den in einzelnen Landesteilen vorhandenen Auflösungsbestrebungen vom Preussischen Staate wirksam entgegenzutreten. Dem ist insoweit beizupflichten, als die Provinzialautonomie sich in solchen Grenzen hält, daß die Einheit des Staates nicht gefährdet wird. Innerhalb dieser Grenzen ist sie notwendig und politisch ein Fortschritt; werden diese Grenzen überschritten, so ist sie gefährlich, nicht nur für den Bestand des Preussischen Staates, sondern auch für die innere Einheit des Reiches. Es kommt also alles darauf an, wie die Provinzialautonomie im einzelnen gestaltet und welche Grenzen ihr gezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Hufbeschlagprüfung.

Die nächste Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes vor der staatlichen Prüfungskommission in Minden findet am 13. November 1920 statt. Minden, den 7. September 1920.

Der Regierungspräsident.
Im Auftrage: Dr. Dammann.

Veröffentlicht!

Herford, den 21. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.

In der Zeit vom 24. August bis 18. September 1920 wurden bei uns gemeldet: a) als gefunden: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 1 Herrentaschentuch, 1 Fünfundzwanzigsmarkschein, 1 Kinderbrille, 2 Fünfundzwanzigsmarkscheine, 1 metallenes Geldstück, 1 weißes gehäkeltes Deckchen, 1 Paar graue Damen-Stoffhandschuhe, 1 Gummibereifung; b) als verloren: 1 silberne Damenuhr, mehrere Brieftaschen mit Inhalt, 2 goldene Damenuhren, 1 goldener Ring, 1 Fünfundzwanzigsmarkschein; c) als zugekauft: 2 Hunde (Pintcher), 1 schwarzes Guhn, 1 Gans; d) als entlaufen: mehrere Hunde.

Herford, den 18. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Auf Grund des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. 8. 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. 12. 1914 nebst Nachträgen wird nach Anhörung der Preisprüfungsstelle für den Landkreis Herford in Abänderung der Bekanntmachungen des Kreisausschusses vom 2. 6. 1920, 19. 8. 1920 und 7. 9. 1920 bestimmt:

§ 1. Für die nachstehenden Brennstoffe gelten folgende Kleinhandelshöchstpreise:

Steinkohle:

Förderkohle 15,10 M., Förderkohle Ibbendünen 15,90 M., Westmeyer 16,05 M., Fettkohle 17,10 M., Fettkohle Ibbendünen 18,85 M., Fettkohle 1, 2, 3 17,45 M., Fettkohle Ibbendünen 1, 2 19,80 M., Fettkohle Ibbendünen 3 18,85 M., Fettkohle 4 (Schmiedekohle) 16,90 M., Schmiedekohle Oberkirchen 18,55 M., Magerstückerkohle 17,55 M., Gf. oder Magerstücker 1, 2 19,95 M., Gf. oder Magerstücker 3 18,25 M., Anthrazit 2 (außer Rangenbrunn) 21,10 M., Anthrazit (Rangenbrunn) 21,60 M., Anthrazit 1 und 3 (außer Rangenbrunn) 18,85 M., Anthrazit 1 und 3 (Rangenbrunn) 19,45 M., Voll- oder Gießmischkohle 24,85 M.

Rohöl:

Brechföts 1 und 2 24,00 M., Brechföts Oberkirchen 25,35 M., Brechföts 3 22,30 M., Brechföts 4 (Pestföts) 20,05 M., Gießereiföts 21,15 M.

Braunkohle:

Mitteldeutsche Förderkohle (Braunkohle) 6,45 M., Magdeburg-Gelmitäcker Förderkohle sowie Anhalter Förderkohle aus den Gruben Minna-Minna, Marie-Preusslich, Leopold-Edwards, Franz-Johann-Gelebed u. Solvayhall 7,10 M., Magdeburg-Gelmitäcker Förderkohle 1 7,50 M., Raffeler Förderkohle 8,05 M., Rheinische Förderkohle 5,05 M., Mitteldeutsche Siebkohle 6,75 M., Magdeburg-Gelmitäcker Siebkohle sowie Anhalter Siebkohle aus den Gruben Minna-Minna, Marie-Preusslich, Leopold-Edwards, Franz-Johann-Gelebed u. Solvayhall 7,50 M., Raffeler Siebkohle 8,65 M., Rheinische Siebkohle 5,30 M., Magdeburg-Gelmitäcker und Anhalter Siebkohle 1 7,95 M., Mitteldeutsche Siebkohle sowie Anhalter Siebkohle 1 aus der Grube Coswig 7,10 M., Magdeburg-Gelmitäcker Siebkohle sowie Anhalter Siebkohle aus den Gruben Minna-Minna, Marie-Preusslich, Leopold-Edwards, Franz-Johann-Gelebed u. Solvayhall 7,90 M., Casseler Siebkohle 9,20 M., Magdeburg-Gelmitäcker Siebkohle 1 9,35 M., Unionbröckels 10,75 M., Casseler Braunkohlenbröckels 15,60 M., andere mitteldeutsche Braunkohlenbröckels 14,50 M.

Diese Preise gelten ab Bahn, einschl. Ausladen und Verwiegen. § 2. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, für die Anfuhr der Brennstoffe von der Bahn einen Aufschlag von 50 s je Ztr., bei einer Entfernung bis zu 2 Kilometer, einen solchen von 65 s je Zentner bei einer Entfernung von 2-5 Kilometer, einen solchen von 80 s je Ztr. bei einer Entfernung von 5-6 1/2 Kilometer und einen solchen von 1,00 M. bei einer Entfernung über 6 1/2 Kilometer hinaus zu berechnen. Werden die Brennstoffe zuerst zum Lager genommen und dann zum Empfänger gefahren, so werden beide Entfernungen zusammengerechnet und ferner ein Zuschlag von 70 s gerechnet. Die Preise für das Entladen bleiben besondert Vereinbarung vorbehalten.

§ 3. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, in ihrem Lager und Verkaufsraum diese Verordnung an sichtbarer Stelle auszuhängen. § 4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. bestraft. § 5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 1920 in Kraft. Herford, den 16. Sept. 1920. Der Kreisausschuß.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden folgendes bestimmt:

§ 1. Sperrbezirke bilden folgende Gebiete: 1. in der Gemeinde Dettlinghausen: Kolon Niemeier Nr. 48; 2. in der Gemeinde Dieblich: Geuerlinge Krudt und Herta bei Nr. 3, Kolon Wiltz, Anholz Nr. 21; 3. in der Gemeinde Velsenkamp: Zigarrenarbeiter Albrock Nr. 60; 4. in der Gemeinde Siele: Kolon Vogel Nr. 6; 5. in der Gemeinde Bieren: Geuerling Schulte Nr. 6; 6. in der Gemeinde Hüffen: Landwirt Caspar Becker Nr. 3; 7. in der Gemeinde Ennigloh: Ww. Weßling, Blanten Nr. 59; 8. in der Gemeinde Klosterbauerschaft: Landwirt August Bult Nr. 68; 9. in der Gemeinde Kirchleugern: Kolon Ostermeier Nr. 12, Kolon Sundermeier Nr. 54; 10. in der Gemeinde Quernheim: Kolon Karl Scheuing Nr. 21; 11. in der Gemeinde Egter: Ww. Breuer Nr. 20; 12. in der Gemeinde Baldorf: Kolon Wiltz, Meier, Baldorf-Ost 186, Zigarrenarbeiter Althoff, Bonneberg Nr. 156, Kolon Vethöter, Steinbrunn Nr. 20.

§ 2. Auf die Sperrgebiete finden die Vorschriften der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Ministers vom 1. Mai 1912 B. V. G. Anwendung (siehe meine Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 26. Mai 1920, veröffentlicht in Nr. 124 der Herforder Zeitung vom 29. Mai 1920). Herford, den 17. September 1920.

Der Landrat.

Waffenablieferung.

Die ämtliche Stelle zur Annahme der abzuliefernden Waffen und Munition befindet sich für den Umfang des Amtes Enger im Hause des Schlossermeisters Herrn Gustav König in Enger, Reuteistraße.

Die Annahmestelle ist an jedem Dienstag und Freitag von 4-6 Uhr nachmittags geöffnet.

Bei der Abgabe erfolgt sofort die Auszahlung der Prämien und die Unbrauchbarmachung der Waffen.

Bei Annahme der Waffen und Munition wird weder nach dem Namen des Ueberbringers noch nach einer Legitimation noch nach Herkunft der Gegenstände gefragt.

Auf die Ausgänge des Reichskommissars im Schaufenster der obigen Annahmestelle wird hingewiesen.

Enger, den 21. September 1920.

Der Amtmann.

Im Schillingshof.

41) Roman von E. Marlitt.

„Ja — aus Eifersucht. Er konnte es nicht ertragen, der gute Felix, wenn auch andere Augen als die seinen mein Talent bewunderten; gewisse Leute machen es ebenso, sie verzehren sich vor Neid. — Und das haben die Speichelfeder, die zwei weißen Salomos, unsere Ärzte, recht gut gemerkt; sie haben sich sofort auf die Seite der Großmacht im Hause gestellt — natürlich! — und sich allen Ernstes eingebildet, ich ließe mich ins Boßhorn jagen, wenn sie mir mit geheimnisvollem Achselzucken verkündigten, meine Gesundheit sei angegriffen — die Schlaupötel! Mit unbeschreiblicher Romik und Grazie machte sie die Geste der langen Nase und drehte sich abermals wie ein Wirbelwind auf der äußersten Fußspitze, und ihr Töchterchen hauchte aufjauchend nach dem gelben Atlasrockchen, das sich wie eine goldglänzende Sonnenscheibe über dem leichtem Gewölbe der Gazelleider mit der Tänzerin drehte.“

In Mercedes Wagen stieg ein helles Rot. Sie ergriff schweigend Paulas Hand, um das Kind aus dem Zimmer zu zu führen; allein Lucile vertrat ihr den Weg. „D nein — Paula bleibt bei mir, bei ihrer Mama, wohin sie gehört!“ sagte sie bestimmt. „Jose magst du meinetwegen mit Beschlag belegen. Mein süßes Mädchen dagegen, meine kleine Paula, behalte ich für mich, so wie einst Mama und ich zusammenbanden — daß du es weißt.“

„Felix hat die endgültige Verfügung über beide Kinder, vorläufig in Frau von Valmasedas Hand gelegt“, unterbrach sie Baron Schilling mit erstem Nachdruck.

Lucile wandte ihm rasch das Gesicht zu und maß ihn

mit einem spöttischen Blick. „Auch du, Brutus?“ rief sie passivisch. „Nun ja, ich konnte das wissen! — Drüben unterwarfen sich ja auch alle ihren Orakelsprüchen, alle unsere Herren, ihr Vater, Felix, der arme Valmaseda. . . Diese dämonischen Frauen mit dem finsternen Wienen und leidenschaftlich im Herrschen und Gebieten und zurückhaltend im Gewähren — das ist die ganze Kunst! — Sie war eine sehr hübsche Braut, diese Donna de Valmaseda.“

„Schweige!“ unterbrach Mercedes mit flammenden Augen die boshafte Verrätere.

„Mein Gott, ich bin ja schon still!“ wies die kleine Frau mit einer drolligen Furchtgebärde zurück. „Aber Baron Schilling ist mein Freund, mein guter, alter Freund noch aus der himmlischen Berliner Zeit — ich darf nicht leiden, daß er auch hineintappt, ich leide es durchaus nicht! Er hat ohnehin schwer zu tragen am Leben, der unglückliche Mann.“

„Unglücklich?“ fuhr er mit zorniger Ueberraschung auf. „Wer sagt Ihnen denn, daß ich mich unglücklich fühle?“

„Mein Gott, ich denke — oder wäre sie hübscher geworden, Ihre Frau? Und lebenswürdig?“ rief sie, jetzt wirklich überrascht mit großen Augen; aber sie lenkte sie doch einen Augenblick erschrocken über den Ausdruck des Mannesjornes, den ihre taktlose, vorwitzige Zunge gewekt hatte.

„Ich bin Ihnen sehr verbunden, Frau Lucian — Sie sind die Barmherzigkeit selbst!“ sagte er, ihre indiscreten Fragen völlig übergehend, mit scharfem Spott. „Aber Sie dürfen sich beruhigen, ich kann Ihnen versichern, daß ich an meinem Los nichts auszufügen habe.“

Er legte die Hand auf den Türgriff, und Jose, der sich während der ganzen Zeit fest an ihr geschmiegt, ja, sich hinter ihm förmlich versteckt hatte, trat dicht an die Türspalte, um beim Öffnen sofort hinauslaufen zu können —

es sah aus, als renne dem Kind die Schwelle unter dem Sohlen.

„Wir waren gekommen, Ihnen diesen kleinen Ausreißer heil und unverletzt zuzuführen!“ sagte Baron Schilling, auf den Knaben deutend, immer noch mit finsternem Gesicht und eigentümlich harter Stimme.

„Ach ja —“ fiel Lucile ein — „er war ja wohl für einen Augenblick nicht zu finden? Man hat ihn auch bei mir gesucht — solch ein großer Bursche kann doch wahrhaftig nicht verloren gehen wie eine Nadel!“ — Sie trat näher und legte die Hand schmeichelnd auf den Kopf des Kindes. „Wo hast du denn gesteckt, mein Junge?“

Der Knabe, der ihr immer noch den Rücken zugekehrte, schüttelte in wilder Aufregung die Hand von sich. „Nein, Mama, nein!“ schrie er auf, ohne ihr das Gesicht zuzuwenden. „Ziehe deinen langen Schlafrock an — ich kann dich nicht ansehen! — Du bist gar nicht meine Mama — nein!“

„Einfältiger Junge!“ zürnte sie und faßte ihn an der Schulter, um ihn gewaltsam umzudrehen; aber bei dem Rinde machte sich jetzt offenbar die erlittene heftige Nervenerschütterung geltend, sonst so sanft und fügsam, sträubte es sich und verfiel dabei in ein konvulsisches Weinen und Schreien, in das sein erschrockenes kleines Schwesterchen aus Leibeskräften einstimmte.

„Gott im Himmel, das ist ja zum Verrücktwerden!“ schrie Lucile, und beide Hände auf die Ohren pressend, floh sie in das Nebenzimmer, dessen Türe sie schmetternd hinter sich zuwarf, während Baron Schilling schweigend den Knaben auf seinen Armen hinausstrug und Donna Mercedes im Verein mit der Kammerjungfer die kleine Paula zu beruhigen suchte. . .

(Fortsetzung folgt.)

